



2. September 2019

BARCLAYS BANK PLC

(errichtet mit beschränkter Haftung in England und Wales)

NACHTRAG

GEMÄß § 16 ABS. 1 WERTPAPIERPROSPEKTGESETZ ("WPPG")

ZU DEN FOLGENDEN BASISPROSPEKTEN:

(DIE "**BASISPROSPEKTE**):

RSSP BASISPROSPEKT A VOM 22. MAI 2019

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT A**")

FÜR

AKTIEN- UND AKTIENINDEXBEZOGENE WERTPAPIERE (DIE "**RSSP WERTPAPIERE**")

(ERSTER NACHTRAG)

BASISPROSPEKT PROSPER A VOM 5. JUNI 2019

(DER "**BASISPROSPEKT PROSPER A**")

FÜR

WERTPAPIERE, DIE AN EIN FIKTIVES PORTFOLIO GEKOPPELT SIND

(DIE "**PROSPER A WERTPAPIERE**")

(ERSTER NACHTRAG)

(DIE RSSP WERTPAPIERE UND DIE PROSPER A WERTPAPIERE, DIE "**WERTPAPIERE**")

Anleger, die vor der Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von Wertpapieren, die unter Endgültigen Bedingungen zu den Basisprospekten begeben wurden, gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, haben das Recht, diese gemäß § 16 Abs. 3 WpPG innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags zu widerrufen, sofern der neue Umstand oder die Unrichtigkeit gemäß § 16 Abs. 1 WpPG vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots und vor der Lieferung der Wertpapiere eingetreten ist.

Die Basisprospekte wurden vor dem 21. Juli 2019 gebilligt und unterliegen gemäß § 28 Abs. 1 WpPG (aktuelle Fassung) weiterhin dem WpPG in der bis zum 20. Juli 2019 geltenden Fassung, auf die in dem vorstehenden Absatz Bezug genommen wird.

Der Widerruf (der nicht begründet werden muss) ist in Textform gegenüber derjenigen Stelle zu erklären, gegenüber der der jeweilige Anleger seine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben hat. Falls Barclays Bank PLC die Gegenpartei des Erwerbsgeschäfts war, ist der Widerruf an Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich, zu richten. Für die Wahrung der Widerrufsfrist ist die rechtzeitige Abgabe der Erklärung ausreichend.

Während der Gültigkeitsdauer der Basisprospekte sowie solange im Zusammenhang mit den Basisprospekten begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien dieses Nachtrags und der Basisprospekte in der Fassung eventueller Nachträge, auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich, und auf der Internetseite der Emittentin <https://www.home.barclays/prospectuses-and-documentation/structured-securities/prospectuses> bereitgehalten.

INHALTSVERZEICHNIS

Basisprospekt	Abschnitt im Basisprospekt	Nachtragspunkt	Seite
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	ZUSAMMENFASSUNG	I.	4 ff.
RSSP Basisprospekt A	ZUSAMMENFASSUNG	II. und III.	7 f.
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	SUMMARY	IV.	9 ff.
RSSP Basisprospekt A	SUMMARY	V. und VI.	12 f.
RSSP Basisprospekt A	RISIKOFAKTOREN	VII.	13 ff.
Basisprospekt Prosper A	RISIKOFAKTOREN	VIII.	16 ff.
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN	IX.	19
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	ALLGEMEINE INFORMATIONEN	X.	20
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN	XI.	20 ff.
RSSP Basisprospekt A	WERTPAPIER- BEDINGUNGEN	XII.	35
RSSP Basisprospekt A	WERTPAPIER- BEDINGUNGEN	XIII.	35
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	MUSTER DER ENDGÜLTIGEN BEDINGUNGEN	XIV.	35
RSSP Basisprospekt A	MUSTER DER ENDGÜLTIGEN BEDINGUNGEN	XV.	35
RSSP Basisprospekt A	MUSTER DER ENDGÜLTIGEN BEDINGUNGEN	XVI.	35

Der nachtragsbegründende Umstand für die Aktualisierung der Basisprospekte ist:

Die Bekanntmachung der ungeprüften Ergebnisse der Barclays Bank PLC (die "**Emittentin**") für die am 30. Juni 2019 endenden sechs Monate, wie am 1. August 2019 (der Zeitpunkt des nachtragsrelevanten Umstands) bei der US Securities and Exchange Commission ("**SEC**") mittels Form 6-K eingereicht.

Im Zuge des Nachtrags werden auch redaktionelle Fehler in der Zusammenfassung bzw. Summary sowie den Wertpapierbedingungen und den Endgültigen Bedingungen des RSSP Basisprospekt A korrigiert.

Die folgenden Abschnitte der Basisprospekte sind von den Änderungen betroffen:

- I. In den Basisprospekten werden in dem Abschnitt "**Zusammenfassung**" jeweils die Abschnitte B.12 "**Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen**" und B.13 "**Jüngste Ereignisse, die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin im hohen Maße relevant sind**" wie folgt ersetzt:

B.12	Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen	Ausgewählte Finanzinformationen der Emittentin für die zum 31. Dezember 2018 und 31. Dezember 2017 endenden Jahre Die folgenden Finanzinformationen sind dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Emittentin für das zum 31. Dezember 2018 bzw. zum 31. Dezember 2017 endende Jahr entnommen:
-------------	--	--

	Zum 31.12.2018 GBP Mio.	Zum 31.12.2017 GBP Mio.
Gesamte Aktiva	877.700	1.129.343
Kredite und Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten	136.959	324.590
Einlagen zu fortgeführten Anschaffungskosten	199.337	399.189
Gesamtes Eigenkapital	47.711	65.734
Minderheitsbeteiligungen	2	1
	Für das am 31.12.2018 endende Jahr GBP Mio.	Für das am 31.12.2017 endende Jahr GBP Mio.
Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.286	1.758
Wertminderungsaufwand und andere Rückstellungen	(643)	(1.553)

Ausgewählte Finanzinformationen der Emittentin für die zum 30. Juni 2019 und 30. Juni 2018 endenden Halbjahre

Die folgenden Finanzinformationen sind den ungeprüften Halbjahreszahlen der Emittentin für das zum 30. Juni 2019 bzw. zum 30. Juni 2018 endende Halbjahr entnommen:

	Zum 30.06.2019 GBP Mio. (ungeprüft)	Zum 30.06.2018 GBP Mio. (ungeprüft)
Gesamte Aktiva	969.266	903.345
Nettogesamtbetrag der Forderungen ¹	144.664	226.369
Gesamtbetrag der Einlagen ²	215.125	279.438
Gesamtes Eigenkapital	52.610	48.192
Minderheitsbeteiligungen	0	2
	01.01.2019 - 30.06.2019 GBP Mio. (ungeprüft)	01.01.2018 - 30.06.2018 GBP Mio. (ungeprüft)
Gewinn vor Steuern	1.725	725
Wertminderungsaufwand und andere Rückstellungen	510	(156)

	Wesentliche Verschlechterung der Aussichten der Emittentin	Entfällt. Die Aussichten der Emittentin haben sich seit dem 31. Dezember 2018, dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses, nicht wesentlich verschlechtert.
	Keine wesentlichen Veränderungen bei der Finanzlage oder Handelsposition der Bankengruppe	Entfällt. Es gab keine wesentliche Veränderung in der Finanzlage oder Handelsposition der Bankengruppe seit dem 30. Juni 2019.
B.13	Jüngste Ereignisse, die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der	Entfällt. Es liegen keine relevanten Ereignisse vor.

¹ Es handelt sich um ungeprüfte Kennzahlen: Der Nettogesamtbetrag der Forderungen wird aus der Summe der beiden ungeprüften Bilanzzahlen "Forderungen an Banken" und "Forderungen an Kunden" errechnet, die in der Bekanntmachung der Halbjahresergebnisse 2019 veröffentlicht wurden. Aufgrund einer freiwilligen Ausweisänderung im Zuge der Anwendung von IFRS 9 wurden "Forderungen an Banken" und "Forderungen an Kunden" aufgliedert und werden nun in den Positionen "Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten" und "Barsicherheiten und Abwicklungssalden" ausgewiesen.

² Es handelt sich um ungeprüfte Kennzahlen: Der Gesamtbetrag der Einlagen wird aus der Summe der beiden ungeprüften Bilanzzahlen "Einlagen von Banken" und "Kundenforderungen" errechnet, die in der Bekanntmachung der Halbjahresergebnisse 2019 veröffentlicht wurden. Aufgrund einer freiwilligen Ausweisänderung im Zuge der Anwendung von IFRS 9 wurden "Einlagen von Banken" und "Kundenforderungen" aufgliedert und werden nun in den Positionen "Einlagen zu fortgeführten Anschaffungskosten" und "Barsicherheiten und Abwicklungssalden" ausgewiesen.

	Emittentin im hohen Maße relevant sind	
--	--	--

II. In dem RSSP Basisprospekt A wird in dem Abschnitt "Zusammenfassung" der Abschnitt C.8 "Mit den Wertpapieren verbundene Rechte (einschließlich der Rangordnung der Wertpapiere und Beschränkungen dieser Rechte)" wie folgt ersetzt:

C.8	Mit den Wertpapieren verbundene Rechte (einschließlich der Rangordnung der Wertpapiere und Beschränkungen dieser Rechte)	<p><u>Rangordnung</u></p> <p>Die Wertpapiere sind unmittelbare, nicht nachrangige und unbesicherte Verpflichtungen der Emittentin.</p> <p><u>Besteuerung</u></p> <p>Alle Zahlungen im Hinblick auf die Wertpapiere erfolgen ohne Einbehalt oder Abzug von Steuern, die in der Rechtsordnung der Emittentin (oder durch eine zur Steuererhebung ermächtigte Stelle oder ihrer politischen Untergliederung) auferlegt oder erhoben werden, es sei denn das Gesetz schreibt einen Einbehalt oder Abzug vor.</p> <p><u>Folgen eines Zusätzlichen Störungsereignisses</u></p> <p>Wenn ein Zusätzliches Störungsereignis (soweit anwendbar zum Beispiel eine Gesetzesänderung, ein Währungsstörungsereignis, eine Außergewöhnliche Marktstörung oder ein Steuerereignis in Bezug auf die Emittentin oder ein bestimmtes anderes Ereignis in Bezug auf einen Basiswert (soweit vorhanden) oder auf die Hedgingpositionen der Emittentin) eintritt, kann die Emittentin von der Berechnungsstelle fordern, die Festlegungen und Berechnungen in Bezug auf die Wertpapiere in angemessener Weise anzupassen oder die Wertpapiere vorzeitig zurückzahlen.</p> <p><u>Vorzeitige Rückzahlung aufgrund Rechtswidrigkeit oder Undurchführbarkeit</u></p> <p>Die Emittentin kann die Wertpapiere, nach ihrer Wahl, vorzeitig zurückzahlen, wenn die Emittentin feststellt, dass ihre Verpflichtung aus den Wertpapieren rechtswidrig wurde oder mit einer hohen Wahrscheinlichkeit rechtswidrig werden wird oder dass eine ganze oder teilweise tatsächliche Undurchführbarkeit besteht oder mit einer hohen Wahrscheinlichkeit eintreten wird als Konsequenz aus bestimmten Umständen.</p> <p><u>Kündigungsgründe</u></p> <p>Nach Eintritt bestimmter Ereignisse, z. B. wenn die Emittentin mit der Zahlung eines fälligen Betrages für eine festgelegte Anzahl von Tagen in Verzug ist, werden die Wertpapiere durch Kündigung des Anlegers fällig und auszahlbar.</p> <p><u>Vorlegungsfristen, Verjährung</u></p> <p>[Für Wertpapiere, die deutschem Recht unterliegen: Die Rechte auf Zahlung von Kapital und etwaiger Zinsen aus den Wertpapieren unterliegen einer Verjährungsfrist von zwei Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt mit Ablauf der ordnungsgemäßen Vorlegungsfrist, die auf 10 (zehn) Jahre verkürzt wird.]</p>
-----	--	---

[Für Wertpapiere, die schweizerischem Recht unterliegen: Das Recht auf Zahlung von Kapital aus den Wertpapieren unterliegt einer Verjährungsfrist von zehn Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt am Tag der vorzeitigen Rückzahlung oder am Tag der Planmäßigen Rückzahlung, je nachdem, welches dieser Ereignisse früher eintritt. Das Recht auf Zahlung etwaiger Zinsen aus den Wertpapieren unterliegt einer Verjährungsfrist von fünf Jahren ab Fälligkeit des jeweiligen Zinsanspruchs.]

[Für Wertpapiere, die deutschem Recht unterliegen: Die Wertpapiere unterliegen den Bestimmungen des Gesetzes über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen vom 5. August 2009. Die Wertpapierbedingungen sehen keinen Vertreter der Schuldtitelinhaber vor.]

- III. In dem RSSP Basisprospekt A wird in dem Abschnitt "**Zusammenfassung**" im Abschnitt C.9 "**Verzinsung, Rückzahlung, Rendite und Vertreter der Schuldtitelinhaber**" der letzte Absatz mit der Überschrift "**Vertretung von Schuldtitelinhabern**" gelöscht.
- IV. In den Basisprospekten werden in der "**Summary**" jeweils die Abschnitte B.12 "**Selected historical key financial information**" und B.13 "**Recent events materially relevant to the evaluation of Issuer's solvency**" wie folgt ersetzt:

B.12	Selected historical key financial information;	<p>Selected financial information of the Issuer for the years ended 31 December 2018 and 31 December 2017</p> <p>The following financial information is extracted from the audited consolidated financial statements of the Issuer for the year ended 31 December 2018 and 31 December 2017, respectively:</p> <table border="1" data-bbox="703 427 1382 1373"> <thead> <tr> <th></th> <th style="text-align: center;">As at 31.12.2018 GBP Mio.</th> <th style="text-align: center;">As at 31.12.2017 GBP Mio.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Total Assets</td> <td style="text-align: right;">877,700</td> <td style="text-align: right;">1,129,343</td> </tr> <tr> <td>Loans and advances at amortised cost</td> <td style="text-align: right;">136,959</td> <td style="text-align: right;">324,590</td> </tr> <tr> <td>Deposits at amortised cost</td> <td style="text-align: right;">199,337</td> <td style="text-align: right;">399,189</td> </tr> <tr> <td>Cumulative liquidity gap</td> <td style="text-align: right;">47,711</td> <td style="text-align: right;">65,734</td> </tr> <tr> <td>Non-controlling interests</td> <td style="text-align: right;">2</td> <td style="text-align: right;">1</td> </tr> <tr> <td></td> <th style="text-align: center;">Year ended 31.12.2018 GBP Mio.</th> <th style="text-align: center;">Year ended 31.12.2017 GBP Mio.</th> </tr> <tr> <td>Profit before tax from continuing operations</td> <td style="text-align: right;">1,286</td> <td style="text-align: right;">1,758</td> </tr> <tr> <td>Credit impairment charges and other provisions</td> <td style="text-align: right;">(643)</td> <td style="text-align: right;">(1,553)</td> </tr> </tbody> </table>		As at 31.12.2018 GBP Mio.	As at 31.12.2017 GBP Mio.	Total Assets	877,700	1,129,343	Loans and advances at amortised cost	136,959	324,590	Deposits at amortised cost	199,337	399,189	Cumulative liquidity gap	47,711	65,734	Non-controlling interests	2	1		Year ended 31.12.2018 GBP Mio.	Year ended 31.12.2017 GBP Mio.	Profit before tax from continuing operations	1,286	1,758	Credit impairment charges and other provisions	(643)	(1,553)
	As at 31.12.2018 GBP Mio.	As at 31.12.2017 GBP Mio.																											
Total Assets	877,700	1,129,343																											
Loans and advances at amortised cost	136,959	324,590																											
Deposits at amortised cost	199,337	399,189																											
Cumulative liquidity gap	47,711	65,734																											
Non-controlling interests	2	1																											
	Year ended 31.12.2018 GBP Mio.	Year ended 31.12.2017 GBP Mio.																											
Profit before tax from continuing operations	1,286	1,758																											
Credit impairment charges and other provisions	(643)	(1,553)																											

Selected financial information of the Issuer for the half years ended 30 June 2019 and 30 June 2018

The following financial information is extracted from the unaudited interim financial statements of the Issuer for the half years ended 30 June 2019 and 30 June 2018, respectively:

	As at 30.06.2019 GBP Mio. (unaudited)	As at 30.06.2018 GBP Mio. (unaudited)
Total Assets	969,266	903,345
Total net loans and advances ³	144,664	226,369
Total deposits ⁴	215,125	279,438
Total equity	52,610	48,192
Non-controlling interests	0	2
	01.01.2019 - 30.06.2019 GBP Mio. (unaudited)	01.01.2018 - 30.06.2018 GBP Mio. (unaudited)
Profit before tax	1,725	725
Credit impairment charges and other provisions	510	(156)

	Material adverse change in the prospects of the Issuer	Not applicable. There has been no material adverse change in the prospects of the Issuer since 31 December 2018, the date of its last published audited financial statements.
	No significant change in the financial or trading position of the Bank Group	Not applicable. There has been no significant change in the financial or trading position of the Bank Group since 30. June 2019.
B.13	Recent events materially relevant to the evaluation of Issuer's solvency	Not applicable. Nothing relevant at this stage.

³ These figures are unaudited: The total net loans and advances equal the sum of the following unaudited balance sheet figures "loans and advances to banks" and "loans and advances to customers", which are published in the 2019 Interim Results Announcement. As a result of a voluntary change in presentation following the adoption of IFRS 9, "loans and advances to banks" and "loans and advances to customers" have been disaggregated and are now reported in "loans and advances at amortised cost" and "cash collateral and settlement balances".

⁴ These figures are unaudited: The total deposits equal the sum of the following unaudited balance sheet figures "deposits from banks" and "customer accounts", which are published in the 2019 Interim Results Announcement. As a result of a voluntary change in presentation following the adoption of IFRS 9, "deposits from banks" and "customer accounts" have been disaggregated and are now reported in "deposits at amortised cost" and "cash collateral and settlement balances".

- V. In dem RSSP Basisprospekt A wird in der "Summary" der Abschnitt C.8 "Description of rights attached to the Securities (including Ranking of Securities and limitations of those rights)" wie folgt ersetzt:

<p>C.8</p>	<p>Description of rights attached to the Securities (including Ranking of Securities and limitations of those rights)</p>	<p><u>Ranking</u></p> <p>Securities are direct, unsubordinated and unsecured obligations of the Issuer.</p> <p><u>Taxation</u></p> <p>All payments in respect of the Securities shall be made without withholding or deduction for or on account of any taxes imposed by the Issuer's country of incorporation (or any authority or political subdivision thereof or therein having power to tax) unless such withholding or deduction is required by law.</p> <p><u>Consequences of an Additional Disruption Event</u></p> <p>If an Additional Disruption Event (to the extent applicable for example a change in applicable law, a currency disruption, an Extraordinary Market Disruption or a tax event with respect to the Issuer and certain other events in relation to an Underlying Asset (if any) or to the Issuer's hedge positions) occurs, the Issuer may request that the Determination Agent determines whether an appropriate adjustment can be made to the determinations and calculations in relation to the Securities or the Securities may be redeemed early.</p> <p><u>Early Redemption for Unlawfulness or Impracticability</u></p> <p>The Issuer may, at its option, redeem the Securities early if the Issuer determines that its obligations under the Securities have become or are likely to become unlawful or a physical impracticability, in whole or in part, due to certain conditions.</p> <p><u>Events of Default</u></p> <p>Following the occurrence of certain events, such as a default by the Issuer to pay an amount that is due for a specified number of days, the Securities will become due and payable upon notice being given by the investor.</p> <p><u>Presentation Periods, Prescription</u></p> <p>[For German law Securities: The rights to payment of principal and interest (if any) under the Securities are subject to prescription within a period of 2 (two) years. The prescription period begins at the end of the period during which the Notes must be duly presented which is reduced to 10 (ten) years.]</p> <p>[For Swiss law Securities: The right to payment of principal under the Securities is subject to prescription within a period of ten years. The prescription period begins on the earlier of the date of the early redemption or the date of the ordinary redemption. The right to payment of interest (if any) is subject to prescription within a period of five years from the maturity of such interest claim.]</p> <p>[For German law Securities: The Securities are subject to the provisions of the German Act on Notes of 5 August 2009 (<i>Gesetz über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen</i>). The terms</p>
------------	--	--

		and conditions of the Securities do not provide for a representative of debt security holders.]
--	--	---

VI. In dem RSSP Basisprospekt A wird in der "Summary" in dem Abschnitt C.9 "Interest rate, Redemption, indication of yield and representative of debt security holders" der letzte Absatz mit der Überschrift "Representative of debt security holders" gelöscht.

VII. Im RSSP Basisprospekt A wird im Abschnitt "RISIKOFAKTOREN" in dem Unterabschnitt "FAKTOREN, DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE FÄHIGKEIT DER EMITTENTIN ZUR ERFÜLLUNG IHRER VERPFLICHTUNGEN UNTER DEN WERTPAPIEREN HABEN KÖNNEN" der Risikofaktor "2. Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken" wie folgt ersetzt:

"2. Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken.

2.1 Die Bank und die Gruppe unterliegen weitreichenden Abwicklungsbefugnissen

Unter dem britischen Banking Act 2009 ("Banking Act"), das einen Großteil der Anforderungen der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, in der jeweils gültigen Fassung "BRRD") im Vereinigten Königreich umgesetzt hat, werden der Bank of England (oder, unter bestimmten Umständen, dem britischen Finanzministerium (Her Majesty's Treasury ("HM Treasury"))) als Teil eines speziellen Abwicklungsmechanismus (*special resolution Regime* ("SRR")) weitreichende Befugnisse in Abstimmung mit entweder der Prudential Regulation Authority ("PRA"), der Financial Conduct Authority ("FCA") oder der HM Treasury, soweit angemessen, übertragen. Diese Befugnisse versetzen die zuständigen britischen Abwicklungsbehörden in die Lage, verschiedene Abwicklungsmaßnahmen und Stabilisierungsoptionen (einschließlich des unten beschriebenen Bail-In Instruments) im Hinblick auf eine britische Bank oder Wertpapierfirma (aktuell einschließlich der Bank) und bestimmter verbundener Unternehmen dieser Bank oder Wertpapierfirma (jeweils ein "Relevantes Unternehmen"), in Fällen zu ergreifen, in denen die zuständige britische Abwicklungsbehörde überzeugt ist, dass die Abwicklungsvoraussetzungen vorliegen. Zu diesen Voraussetzungen gehört, dass ein Relevantes Unternehmen die Schwellenwert-Voraussetzungen gemäß des britischen Financial Services and Markets Act 2000 ("FSMA"), die für die Genehmigung der Vornahme bestimmter regulierter Tätigkeiten (im Sinne von Sektion 55B FSMA) gelten, nicht einhält oder aller Wahrscheinlichkeit nach nicht einhalten wird oder – im Falle einer britischen Bank-Konzerngesellschaft, bei der es sich um ein EWR- oder Drittlands-Institut oder eine EWR- oder Drittlands-Wertpapierfirma handelt –, dass der zuständigen EWR- oder Drittlandsbehörde zu ihrer Zufriedenheit dargelegt wurde, dass die Abwicklungsvoraussetzungen in Verbindung mit diesem Unternehmen vorliegen.

Der spezielle Abwicklungsmechanismus enthält fünf Stabilisierungsoptionen: (a) ein privatwirtschaftlicher Verkauf des gesamten oder eines Teils des Geschäfts oder aller oder eines Teils der Anteile des Relevanten Unternehmens, (b) die Übertragung eines Teils oder des gesamten Geschäfts des Relevanten Unternehmens auf ein durch die Bank of England errichtetes "Brückeninstitut", (c) die Ausgliederung auf eine Vermögensverwaltungsgesellschaft, die hundertprozentig oder teilweise HM Treasury oder der Bank of England gehört, (d) die Nutzung des Bail-In-Instruments (wie nachstehend beschrieben) und (e) das vorübergehende Eigentum in öffentlicher Hand (Verstaatlichung).

Der Banking Act regelt darüber hinaus zusätzliche Insolvenz- und Verwaltungsverfahren für Relevante Unternehmen und für bestimmte weitere Befugnisse, wie beispielsweise vertragliche Vereinbarungen unter bestimmten Umständen zu modifizieren (einschließlich einer Veränderung der Bedingungen der Wertpapiere), Rechte zur zeitweisen Aussetzung von Zahlungen, Rechte zur Aussetzung von Durchsetzungs- oder Beendigungsansprüchen, die als Reaktion auf die Ausübung der Abwicklungsbefugnisse geltend gemacht werden könnten, sowie Befugnisse der zuständigen britischen Abwicklungsbehörde, Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs nicht anzuwenden oder zu

verändern (mit der Möglichkeit der Rückwirkung), um eine effektive Anwendung der Befugnisse nach dem Banking Act zu gewährleisten.

Inhaber der Wertpapiere sollten davon ausgehen, dass einem Relevanten Unternehmen die finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand im Falle einer Abwicklung nur als allerletztes Mittel zur Verfügung steht, nachdem die zuständige britische Abwicklungsbehörde die Abwicklungsinstrumente, darunter auch das Bail-In-Instrument, bewertet und – soweit wie möglich – angewendet hat (wie unten beschrieben).

Die Ausübung der Abwicklungsbefugnisse oder die Empfehlung einer solchen Ausübung kann einen schwerwiegenden nachteiligen Effekt auf den Wert von Wertpapieren haben und dazu führen, dass Inhaber der Wertpapiere ihre Anlage in die Wertpapiere teilweise oder in voller Höhe verlieren.

2.2 Abwicklungsbefugnisse im Vorfeld einer Insolvenz können nicht vorhergesehen werden und Inhaber sind möglicherweise nur eingeschränkt in der Lage, diese anzufechten.

Die von der SRR übertragenen Abwicklungsbefugnisse sind dafür gedacht, vor dem Zeitpunkt einzugreifen, an dem ein Insolvenzverfahren im Hinblick auf das Relevante Unternehmen eingeleitet werden kann. Die Abwicklungsmaßnahmen sollen in Fällen eingesetzt werden, in denen das Geschäft als Ganzes oder Teile des Geschäfts eines Relevanten Unternehmens in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist / sind, oder wahrscheinlich geraten wird / werden, die in erhöhtem Maße öffentliche Interessen betreffen.

Wenngleich im Banking Act bestimmte Bedingungen für die Ausübung von Abwicklungsbefugnissen vorgesehen sind und darüber hinaus die im Mai 2015 veröffentlichten Leitlinien der Europäischen Bankenaufsicht ("EBA") den Abwicklungsbehörden objektive Faktoren für die Feststellung, ob ein Institut in eine Krise geraten ist oder wahrscheinlich in eine Krise geraten wird, an die Hand geben, ist unklar, wie die zuständige britische Abwicklungsbehörde derartige Bedingungen in einem bestimmten Szenario im Vorfeld einer Insolvenz, von der die Emittentin und/oder andere Mitglieder der Gruppe betroffen sind, und im Rahmen der Entscheidung über die Ausübung einer Abwicklungsbefugnis beurteilen würde.

Die zuständige britische Abwicklungsbehörde muss ihre Entscheidung eine Abwicklungsbefugnis auszuüben, auch nicht den Inhabern der Wertpapiere im Voraus ankündigen. Daher sind Inhaber der Wertpapiere möglicherweise nicht in der Lage, eine mögliche Ausübung dieser Befugnisse oder die potenziellen Auswirkungen ihrer Ausübung auf die Emittentin, die Gruppe und die Wertpapiere vorherzusehen.

Ferner haben Inhaber der Wertpapiere möglicherweise nur sehr eingeschränkte Rechte, eine Entscheidung der zuständigen Abwicklungsbehörde im Vereinigten Königreich über eine Ausübung der ihr zustehenden Abwicklungsbefugnisse (*einschließlich des britischen Bail-In-Instruments*) anzufechten und/oder ihre Aussetzung zu verlangen und / oder diese Entscheidung in einem Gerichts- oder Verwaltungsverfahren oder auf sonstige Weise überprüfen zu lassen.

2.3 Die zuständige britische Abwicklungsbehörde kann das Bail-In-Instrument in Bezug auf die Emittentin und die Wertpapiere anwenden, was dazu führen kann, dass die Inhaber der Wertpapiere einen vollständigen oder teilweisen Verlust ihrer Anlage erleiden.

Soweit die jeweiligen rechtlichen Bedingungen für die Anwendung des Bail-In-Instruments erfüllt sind, ist zu erwarten, dass die zuständige britische Abwicklungsbehörde diese Befugnisse ohne Zustimmung der Inhaber der Wertpapiere ausübt. Vorbehaltlich bestimmter in dem Banking Act aufgeführter Maßnahmen (einschließlich besicherter Verbindlichkeiten, Bankeinlagen, die im Rahmen eines Einlagensicherungssystems eines EU-Mitgliedsstaats garantiert werden, Verbindlichkeiten, die aufgrund des Haltens von Kundengeldern entstehen, Verbindlichkeiten gegenüber anderen Banken oder Wertpapierhäusern, die nicht Teil der Gruppe sind, die eine ursprüngliche Fälligkeit von weniger als sieben Tagen und bestimmte andere Sonderfälle besitzen), wird beabsichtigt, dass sämtliche Verbindlichkeiten von Instituten und/oder ihren EWR-Muttergesellschaften in den Anwendungsbereich des Bail-In Instruments fallen.

Der Banking Act regelt die Reihenfolge, in der das Bail-In-Instrument angewendet werden soll, wobei sich hierin die Rangfolge der Kapitalinstrumente nach der CRD IV-Richtlinie widerspiegelt und die Rangfolge der Forderungen in einer gewöhnlichen Insolvenz eingehalten wird. Am 19. Dezember 2018

veröffentlichte das HM Treasury die Verordnung 2018 über Banken und Bausparkassen (Prioritäten bei der Insolvenz) (die "**Verordnung 2018**"), mit der die Richtlinie (EU) 2017/2399 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 (die "**Änderungsrichtlinie**") zur Änderung der BRRD im Hinblick auf den Rang unbesicherter Schuldtitel in der Insolvenzrangfolge umgesetzt wird. Mit der Änderungsrichtlinie wurde eine neue Ebene der Insolvenz für normale, langfristige und unbesicherten Schuldtitel eingeführt, die von in der EU ansässigen Kredit- und Finanzinstituten innerhalb ihres Konsolidierungskreises ausgegeben werden. Die Verordnung 2018 teilt die nicht privilegierten Schuldtitel eines Finanzinstituts in Klassen auf und sieht vor, dass die normalen, nicht privilegierten Schuldtitel vor den sekundären, nicht privilegierten Schuldtiteln und den tertiären, nicht privilegierten Schuldtiteln (alle im Sinne der Verordnung 2018) stehen.

Das Bail-In-Instrument enthält ferner einen ausdrücklichen Sicherheitsmechanismus (Verbot der Schlechterstellung von Gläubigern ("**no creditor worse off**")), das zum Ziel hat, dass Aktionäre und Gläubiger nicht schlechter gestellt werden als in gewöhnlichen Insolvenzverfahren. Selbst in Fällen, in denen jedoch ein Schadenersatzanspruch im Rahmen der Sicherung "no creditor worse off" gemäß einer nach der Abwicklungshandlung durchgeführten Bewertung festgestellt wird, ist es unwahrscheinlich, dass diese Entschädigung den vollen Verlusten der Gläubiger der Wertpapiere durch die Abwicklung entspricht, und es kann nicht garantiert werden, dass die Gläubiger der Wertpapiere diese Entschädigung unverzüglich zurückerhalten würden.

Das Bail-In-Instrument kann in Bezug auf die Wertpapiere ausgeübt werden, unabhängig davon, ob die Wertpapiere auf die Mindestanforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten ("**MREL**") angerechnet werden, die derzeit in der EU und im Vereinigten Königreich umgesetzt werden und die auf Finanzinstitute, Deckungskapital und Schuldtitel, die zur Vermeidung einer Krise eines Finanzinstituts abgeschrieben oder in Eigenkapital umgewandelt werden können, in der EU und im Vereinigten Königreich Anwendung findet.

Die Ausübung des Bail-In-Instruments in Bezug auf die Emittentin und die Wertpapiere kann zur Streichung des gesamten oder eines Teils des Nennbetrags, der Zinsen oder anderer zu zahlender Beträge unter den Wertpapieren und/oder zur Umwandlung der Wertpapiere in Aktien oder andere Wertpapiere oder anderen Verpflichtungen der Bank oder einer anderen Person oder zu einer anderen Änderung oder Änderung der Bedingungen der Wertpapiere führen. Jede solche Ausübung oder jeder Hinweis auf eine solche Ausübung könnte sich in wesentlichem Maße nachteilig auf die Rechte der Inhaber der Wertpapiere, den Preis bzw. den Wert ihrer Anlage in die Wertpapiere und/oder die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Pflichten aus den Wertpapieren auswirken und dazu führen, dass Inhaber der Wertpapiere den Wert ihrer Anlage in die Wertpapiere insgesamt oder teilweise verlieren.

2.4 Da gesicherte Einlagen nicht vom Bail-In-Instrument erfasst werden und andere bevorrechtigte Einlagen (und gesicherte Einlagen) gegenüber von der Emittentin ausgegebenen Wertpapieren vorrangig sind, würden diese Wertpapiere mit höherer Wahrscheinlichkeit vom Bail-In erfasst werden, als andere nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin (wie beispielsweise sonstige bevorrechtigte Einlagen).

Im Zuge der gemäß der BRRD erforderlichen Reformen wurden die betreffenden Gesetze im Vereinigten Königreich (einschließlich des UK Insolvency Act von 1986) geändert, um in der Insolvenz-Rangfolge einen gesetzlichen Vorrang (i) erstens für Einlagen zu schaffen, die im Rahmen des britischen Financial Services Compensation Scheme gesichert sind ("**gesicherte Einlagen**"), so dass diese mit bestehenden bevorrechtigten Ansprüchen einen Rang als "ordentliche" bevorrechtigte Ansprüche einnehmen, und (ii) zweitens für alle anderen Einlagen von natürlichen Personen, Kleinst- und Kleinunternehmen sowie mittleren Unternehmen zu schaffen, die bei in und außerhalb des EWR gelegenen Filialen einer im EWR ansässigen Bank gehalten werden ("**sonstige bevorrechtigte Einlagen**"), so dass diese als lediglich "sekundäre" bevorrechtigte Einlagen gegenüber den "ordentlichen" bevorrechtigten Einlagen nachrangig sind. Darüber hinaus wurde im Rahmen der EU-Einlagensicherungsrichtlinie, wie im Vereinigten Königreich umgesetzt, seit Juli 2015 die Art und die Höhe der gesicherten Einlagen erweitert, so dass diese eine große Bandbreite an Einlagen umfassen, darunter Firmenkundeneinlagen (sofern der Einleger keine öffentlich-rechtliche Körperschaft bzw. kein öffentlich-rechtliches Finanzinstitut ist) und einige befristete Einlagen von hohem Wert. Das Resultat dieser Änderungen ist eine Vergrößerung der Klassen der vorrangigen Gläubiger. Alle diese bevorrechtigten Einlagen gehen in der Insolvenz-Rangfolge gegenüber allen anderen unbesicherten vorrangigen Gläubigern der Bank, einschließlich den Inhabern der Wertpapiere vor. Darüber hinaus werden gesicherte Einlagen nicht vom Bail-In-Instrument erfasst. Infolgedessen besteht für den Fall einer Ausübung des Bail-In-Instruments durch die zuständige britische

Abwicklungsbehörde eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass die Wertpapiere eher vom Bail-In erfasst werden als bestimmte andere nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Bank, wie beispielsweise sonstige bevorrechtigte Einlagen.

2.5 Nach den Bedingungen der Schweizer Wertpapiere haben Anleger sich der Anwendung der britischen Bail-In-Befugnis durch die zuständige britische Abwicklungsbehörde unterworfen

Ungeachtet etwaiger anderer Vereinbarungen, Vorkerungen oder Abreden zwischen der Gruppe und einem Inhaber der Schweizerischen Wertpapiere, erkennen Anleger mit dem Erwerb der Schweizerischen Wertpapiere an, erklären sich einverstanden, akzeptieren und stimmen einer rechtlichen Bindung ihrerseits dahingehend zu, dass die Ausübung der britischen Bail-In-Befugnis durch die zuständige britische Abwicklungsbehörde die folgenden Auswirkungen haben kann: (i) die Reduzierung oder Kündigung des gesamten oder eines Teils des Kapitalbetrages der Schweizerischen Wertpapiere oder der Zinsen auf die Schweizerischen Wertpapiere; (ii) die Umwandlung des ganzen oder eines Teils des Kapitalbetrages oder der Zinsen der Wertpapiere in Aktien oder andere Wertpapiere oder andere Verbindlichkeiten der Emittentin oder einer anderen Person führen kann (und die Ausgabe an oder Übertragung auf die Inhaber der Wertpapiere dieser Aktien oder Wertpapiere oder Verbindlichkeiten); und/oder (iii) die Anpassung oder Änderung der Laufzeit der Schweizerischen Wertpapiere, oder Anpassung des Zinsbetrages, der auf die Schweizerischen Wertpapiere fällig ist oder der Tage an denen die Zinsen zu zahlen sind; dies umfasst die Aussetzung der Zahlung für einen vorübergehenden Zeitraum und geschieht jeweils mit dem Ziel, der Ausübung der Bail-In-Befugnis der zuständigen britischen Abwicklungsbehörde Wirkung zu verleihen. Des Weiteren erkennt jeder Inhaber der Schweizerischen Wertpapiere an und erklärt sich damit einverstanden, dass die Bail-In-Befugnis auf seine Rechte anwendbar ist und diese geändert werden können, soweit dies nötig ist, um der Ausübung einer britischen Bail-In-Befugnis durch die zuständige britische Abwicklungsbehörde Wirkung zu verleihen.

Dies bedeutet, dass eine britische Bail-In-Befugnis auf eine Weise ausgeübt werden kann, die zur Folge hat, dass Anleger und andere Inhaber der Schweizerischen Wertpapiere den Wert ihrer Anlage in die Schweizerischen Wertpapiere zum Teil oder in voller Höhe verlieren können oder ein anderes Wertpapier als die Schweizerischen Wertpapiere erhalten, das möglicherweise bedeutend weniger als die Schweizerischen Wertpapiere Wert sein kann und möglicherweise über eine geringere Absicherung verfügt, als dies für Schuldtitel normalerweise der Fall ist. Überdies kann die zuständige britische Abwicklungsbehörde die britische Bail-In-Befugnis ohne jede Vorankündigung sowie ohne die Notwendigkeit einer Zustimmung der Inhaber der Schweizerischen Wertpapiere ausüben.

Des Weiteren stellt die Ausübung der britischen Bail-In-Befugnis durch die zuständige britische Abwicklungsbehörde im Hinblick auf die Schweizerischen Wertpapiere nach den Bedingungen der Schweizerischen Wertpapiere keinen Kündigungsgrund dar. Weitere Informationen sind im Schweizer Anhang zu den Wertpapierbedingungen enthalten."

VIII. Im Basisprospekt Prosper A werden im Abschnitt "**RISIKOFAKTOREN**" im Unterabschnitt "**FAKTOREN, DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE FÄHIGKEIT DER EMITTENTIN ZUR ERFÜLLUNG IHRER VERPFLICHTUNGEN UNTER DEN WERTPAPIEREN HABEN KÖNNEN**" der Risikofaktor "**2. Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken**" wie folgt ersetzt:

"2. Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken.

2.1 Die Bank und die Gruppe unterliegen weitreichenden Abwicklungsbefugnissen

Unter dem britischen Banking Act 2009 ("**Banking Act**") (der einen Großteil der Anforderungen der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, in der jeweils gültigen Fassung "**BRRD**") im Vereinigten Königreich umgesetzt hat, werden der Bank of England (oder, unter bestimmten Umständen, dem britischen Finanzministerium (Her Majesty's Treasury ("**HM Treasury**"))) als Teil eines speziellen Abwicklungsmechanismus (*special resolution Regime* ("**SRR**")) weitreichende Befugnisse in Abstimmung mit entweder der Prudential Regulation Authority ("**PRA**"), der Financial Conduct Authority ("**FCA**") oder der HM Treasury, soweit angemessen,

übertragen. Diese Befugnisse versetzen die zuständigen britischen Abwicklungsbehörden in die Lage, verschiedene Abwicklungsmaßnahmen und Stabilisierungsoptionen (einschließlich des unten beschriebenen Bail-In Instruments) im Hinblick auf eine britische Bank oder eine Wertpapierfirma (aktuell einschließlich der Bank) und bestimmter verbundener Unternehmen dieser Bank oder Wertpapierfirma (jeweils ein "**Relevantes Unternehmen**"), in Fällen zu ergreifen, in denen die zuständige britische Abwicklungsbehörde überzeugt ist, dass die Abwicklungsvoraussetzungen vorliegen. Zu diesen Voraussetzungen gehört, dass ein Relevantes Unternehmen die Schwellenwert-Voraussetzungen gemäß des britischen Financial Services and Markets Act 2000 ("**FSMA**"), die für die Genehmigung der Vornahme bestimmter regulierter Tätigkeiten (im Sinne von Sektion 55B FSMA) gelten, nicht einhält oder aller Wahrscheinlichkeit nach nicht einhalten wird oder – im Falle einer britischen Bank-Konzerngesellschaft, bei der es sich um ein EWR- oder Drittlands-Institut oder eine EWR- oder Drittlands-Wertpapierfirma handelt –, dass der zuständigen EWR- oder Drittlandsbehörde zu ihrer Zufriedenheit dargelegt wurde, dass die Abwicklungsvoraussetzungen in Verbindung mit diesem Unternehmen vorliegen.

Der spezielle Abwicklungsmechanismus enthält fünf Stabilisierungsoptionen: (a) ein privatwirtschaftlicher Verkauf des gesamten oder eines Teils des Geschäfts oder aller oder eines Teils der Anteile des Relevanten Unternehmens, (b) die Übertragung eines Teils oder des gesamten Geschäfts des Relevanten Unternehmens auf ein durch die Bank of England errichtetes "Brückeninstitut", (c) die Ausgliederung auf eine Vermögensverwaltungsgesellschaft, die hundertprozentig oder teilweise HM Treasury oder der Bank of England gehört, (d) die Nutzung des Bail-In-Instruments (wie nachstehend beschrieben) und (e) das vorübergehende Eigentum in öffentlicher Hand (Verstaatlichung).

Der Banking Act regelt darüber hinaus zusätzliche Insolvenz- und Verwaltungsverfahren für Relevante Unternehmen und für bestimmte weitere Befugnisse, wie beispielsweise vertragliche Vereinbarungen unter bestimmten Umständen zu modifizieren (einschließlich einer Veränderung der Bedingungen der Wertpapiere), Rechte zur zeitweisen Aussetzung von Zahlungen, Rechte zur Aussetzung von Durchsetzungs- oder Beendigungsansprüchen, die als Reaktion auf die Ausübung der Abwicklungsbefugnisse geltend gemacht werden könnten, sowie Befugnisse der zuständigen britischen Abwicklungsbehörde, Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs nicht anzuwenden oder zu verändern (mit der Möglichkeit der Rückwirkung), um eine effektive Anwendung der Befugnisse nach dem Banking Act zu gewährleisten.

Inhaber der Wertpapiere sollten davon ausgehen, dass einem Relevanten Unternehmen die finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand im Falle einer Abwicklung nur als allerletztes Mittel zur Verfügung steht, nachdem die zuständige britischen Abwicklungsbehörde die Abwicklungsinstrumente, darunter auch das Bail-In-Instrument, bewertet und – soweit wie möglich – angewendet hat (wie unten beschrieben).

Die Ausübung der Abwicklungsbefugnisse oder die Empfehlung einer solchen Ausübung kann einen schwerwiegenden nachteiligen Effekt auf den Wert von Wertpapieren haben und dazu führen, dass Inhaber der Wertpapiere ihre Anlage in die Wertpapiere teilweise oder in voller Höhe verlieren.

2.2 Abwicklungsbefugnisse im Vorfeld einer Insolvenz können nicht vorhergesehen werden und Inhaber sind möglicherweise nur eingeschränkt in der Lage, diese anzufechten.

Die von der SRR übertragenen Abwicklungsbefugnisse sind dafür gedacht, vor dem Zeitpunkt einzugreifen, an dem ein Insolvenzverfahren im Hinblick auf das Relevante Unternehmen eingeleitet werden kann. Die Abwicklungsmaßnahmen sollen in Fällen eingesetzt werden, in denen das Geschäft als Ganzes oder Teile des Geschäfts eines Relevanten Unternehmens in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist / sind, oder wahrscheinlich geraten wird / werden, die in erhöhtem Maße öffentliche Interessen betreffen.

Wenngleich im Banking Act bestimmte Bedingungen für die Ausübung von Abwicklungsbefugnissen vorgesehen sind und darüber hinaus die im Mai 2015 veröffentlichten Leitlinien der Europäischen Bankenaufsicht ("**EBA**") den Abwicklungsbehörden objektive Faktoren für die Feststellung, ob ein Institut in eine Krise geraten ist oder wahrscheinlich in eine Krise geraten wird, an die Hand geben, ist unklar, wie die zuständige britische Abwicklungsbehörde derartige Bedingungen in einem bestimmten Szenario im Vorfeld einer Insolvenz, von der die Emittentin und/oder andere Mitglieder der Gruppe betroffen sind, und im Rahmen der Entscheidung über die Ausübung einer Abwicklungsbefugnis beurteilen würde.

Die zuständige britische Abwicklungsbehörde muss ihre Entscheidung eine Abwicklungsbefugnis auszuüben, auch nicht den Inhabern der Wertpapiere im Voraus ankündigen. Daher sind Inhaber der Wertpapiere möglicherweise nicht in der Lage, eine mögliche Ausübung dieser Befugnisse oder die potenziellen Auswirkungen ihrer Ausübung auf die Emittentin, die Gruppe und die Wertpapiere vorherzusehen.

Ferner haben Inhaber der Wertpapiere möglicherweise nur sehr eingeschränkte Rechte, eine Entscheidung der zuständigen Abwicklungsbehörde im Vereinigten Königreich über eine Ausübung der ihr zustehenden Abwicklungsbefugnisse (*einschließlich des britischen Bail-In-Instruments*) anzufechten und/oder ihre Aussetzung zu verlangen und / oder diese Entscheidung in einem Gerichts- oder Verwaltungsverfahren oder auf sonstige Weise überprüfen zu lassen.

2.3 Die zuständige britische Abwicklungsbehörde kann das Bail-In-Instrument in Bezug auf die Emittentin und die Wertpapiere anwenden, was dazu führen kann, dass die Inhaber der Wertpapiere einen vollständigen oder teilweisen Verlust ihrer Anlage erleiden.

Soweit die jeweiligen rechtlichen Bedingungen für die Anwendung des Bail-In-Instruments erfüllt sind, ist zu erwarten, dass die zuständige britische Abwicklungsbehörde diese Befugnisse ohne Zustimmung der Inhaber der Wertpapiere ausübt. Vorbehaltlich bestimmter in dem Banking Act aufgeführter Maßnahmen (einschließlich besicherter Verbindlichkeiten, Bankeinlagen, die im Rahmen eines Einlagensicherungssystems eines EU-Mitgliedsstaats garantiert werden, Verbindlichkeiten, die aufgrund des Haltens von Kundengeldern entstehen, Verbindlichkeiten gegenüber anderen Banken oder Wertpapierhäusern, die nicht Teil der Gruppe sind, die eine ursprüngliche Fälligkeit von weniger als sieben Tagen und bestimmte andere Sonderfälle besitzen), wird beabsichtigt, dass sämtliche Verbindlichkeiten von Instituten und/oder ihren EWR-Muttergesellschaften in den Anwendungsbereich des Bail-In Instruments fallen. Wenn solche Verbindlichkeiten unterbesichert sind, kann der unbesicherte Teil dieser Verbindlichkeit einem Bail-in unterliegen, d. h. in Bezug auf den unbesicherten Teil.

Der Banking Act regelt die Reihenfolge, in der das Bail-In-Instrument angewendet werden soll, wobei sich hierin die Rangfolge der Kapitalinstrumente nach der CRD IV-Richtlinie widerspiegelt und die Rangfolge der Forderungen in einer gewöhnlichen Insolvenz eingehalten wird. Am 19. Dezember 2018 veröffentlichte das HM Treasury die Verordnung 2018 über Banken und Bausparkassen (Prioritäten bei der Insolvenz) (die "**Verordnung 2018**"), mit der die Richtlinie (EU) 2017/2399 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 (die "**Änderungsrichtlinie**") zur Änderung der BRRD im Hinblick auf den Rang unbesicherter Schuldtitel in der Insolvenzrangfolge umgesetzt wird. Mit der Änderungsrichtlinie wurde eine neue Ebene der Insolvenz für normale, langfristige und unbesicherten Schuldtitel eingeführt, die von in der EU ansässigen Kredit- und Finanzinstituten innerhalb ihres Konsolidierungskreises ausgegeben werden. Die Verordnung 2018 teilt die nicht privilegierten Schuldtitel eines Finanzinstituts in Klassen auf und sieht vor, dass die normalen, nicht privilegierten Schuldtitel vor den sekundären, nicht privilegierten Schuldtiteln und den tertiären, nicht privilegierten Schuldtiteln (alle im Sinne der Verordnung 2018) stehen.

Das Bail-In-Instrument enthält ferner einen ausdrücklichen Sicherheitsmechanismus (Verbot der Schlechterstellung von Gläubigern ("**no creditor worse off**")), das zum Ziel hat, dass Aktionäre und Gläubiger nicht schlechter gestellt werden als in gewöhnlichen Insolvenzverfahren. Selbst in Fällen, in denen jedoch ein Schadenersatzanspruch im Rahmen der Sicherung "no creditor worse off" gemäß einer nach der Abwicklungshandlung durchgeführten Bewertung festgestellt wird, ist es unwahrscheinlich, dass diese Entschädigung den vollen Verlusten der Gläubiger der Wertpapiere durch die Abwicklung entspricht, und es kann nicht garantiert werden, dass die Gläubiger der Wertpapiere diese Entschädigung unverzüglich zurückerhalten würden.

Das Bail-In-Instrument kann in Bezug auf die Wertpapiere ausgeübt werden, unabhängig davon, ob die Wertpapiere auf die Mindestanforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten ("**MREL**") angerechnet werden, die derzeit in der EU und im Vereinigten Königreich umgesetzt werden und die auf Finanzinstitute, Deckungskapital und Schuldtitel, die zur Vermeidung einer Krise eines Finanzinstituts abgeschrieben oder in Eigenkapital umgewandelt werden können, in der EU und im Vereinigten Königreich Anwendung findet.

Die Ausübung des Bail-In-Instruments in Bezug auf die Emittentin und die Wertpapiere kann zur Streichung des gesamten oder eines Teils des Nennbetrags, der Zinsen oder anderer zu zahlender Beträge unter den Wertpapieren und/oder zur Umwandlung der Wertpapiere in Aktien oder andere Wertpapiere

oder anderen Verpflichtungen der Bank oder einer anderen Person oder zu einer anderen Änderung oder Änderung der Bedingungen der Wertpapiere führen. Jede solche Ausübung oder jeder Hinweis auf eine solche Ausübung könnte sich in wesentlichem Maße nachteilig auf die Rechte der Inhaber der Wertpapiere, den Preis bzw. den Wert ihrer Anlage in die Wertpapiere und/oder die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Pflichten aus den Wertpapieren auswirken und dazu führen, dass Inhaber der Wertpapiere den Wert ihrer Anlage in die Wertpapiere insgesamt oder teilweise verlieren.

2.4 Da gesicherte Einlagen nicht vom Bail-In-Instrument erfasst werden und andere bevorrechtigte Einlagen (und gesicherte Einlagen) gegenüber von der Bank ausgegebenen Wertpapieren vorrangig sind, würden diese Wertpapiere mit höherer Wahrscheinlichkeit vom Bail-In erfasst werden, als andere nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Bank (wie beispielsweise sonstige bevorrechtigte Einlagen).

Im Zuge der gemäß der BRRD erforderlichen Reformen wurden die betreffenden Gesetze im Vereinigten Königreich (einschließlich des UK Insolvency Act von 1986) geändert, um in der Insolvenz-Rangfolge einen gesetzlichen Vorrang (i) erstens für Einlagen zu schaffen, die im Rahmen des britischen Financial Services Compensation Scheme gesichert sind ("**gesicherte Einlagen**"), so dass diese mit bestehenden bevorrechtigten Ansprüchen einen Rang als "ordentliche" bevorrechtigte Ansprüche einnehmen, und (ii) zweitens für alle anderen Einlagen von natürlichen Personen, Kleinst- und Kleinunternehmen sowie mittleren Unternehmen zu schaffen, die bei in und außerhalb des EWR gelegenen Filialen einer im EWR ansässigen Bank gehalten werden ("**sonstige bevorrechtigte Einlagen**"), so dass diese als lediglich "sekundäre" bevorrechtigte Einlagen gegenüber den "ordentlichen" bevorrechtigten Einlagen nachrangig sind. Darüber hinaus wurde im Rahmen der EU-Einlagensicherungsrichtlinie, wie im Vereinigten Königreich umgesetzt, seit Juli 2015 die Art und die Höhe der gesicherten Einlagen erweitert, so dass diese eine große Bandbreite an Einlagen umfassen, darunter Firmenkundeneinlagen (sofern der Einleger keine öffentlich-rechtliche Körperschaft bzw. kein öffentlich-rechtliches Finanzinstitut ist) und einige befristete Einlagen von hohem Wert. Das Resultat dieser Änderungen ist eine Vergrößerung der Klassen der vorrangigen Gläubiger. Alle diese bevorrechtigten Einlagen gehen in der Insolvenz-Rangfolge gegenüber allen anderen unbesicherten vorrangigen Gläubigern der Bank, einschließlich den Inhabern der Wertpapiere vor. Darüber hinaus werden gesicherte Einlagen nicht vom Bail-In-Instrument erfasst. Infolgedessen besteht für den Fall einer Ausübung des Bail-In-Instruments durch die zuständige britische Abwicklungsbehörde eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass die Wertpapiere eher vom Bail-In erfasst werden (jedenfalls soweit die Wertpapiere in den Anwendungsbereich des Bail-In-Tools fallen) als bestimmte andere nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Bank, wie beispielsweise sonstige bevorrechtigte Einlagen."

IX. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN" jeweils der erste Absatz mit der Aufzählung der per Verweis einbezogenen Angaben wie folgt ersetzt:

"PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN"

Die folgenden Informationen sind bei der Financial Conduct Authority ("**FCA**") hinterlegt und werden in diesen Basisprospekt gemäß § 11 Absatz 1 Satz 2 des WpPG einbezogen:

- der Geschäftsbericht der Emittentin, wie am 21. Februar 2019 bei der US Securities and Exchange Commission ("**SEC**") mittels Form 20-F (die "**Form 20-F**") für die am 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2018 endenden Geschäftsjahre eingereicht, ohne den Abschnitt mit der Überschrift "Anlagenverzeichnis" (*Exhibit Index*) auf Seite 282 der Form 20-F, der nicht einbezogen wurde und kein Bestandteil dieses Basisprospekts ist;
- die Geschäftsberichte der Emittentin mit den geprüften konsolidierten Jahresabschlüssen der Emittentin für die am 31. Dezember 2017 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2017**") bzw. 31. Dezember 2018 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2018**") endenden Geschäftsjahre; und
- die Bekanntmachung der ungeprüften Halbjahresergebnisse der Emittentin, wie am 1. August 2019 bei der SEC mittels Form 6-K für die am 30. Juni 2019 zu Ende gegangenen sechs Monate eingereicht (die "**Bekanntmachung der Halbjahresergebnisse 2019**").

- X. In den Basisprospekten werden in dem Abschnitt "**ALLGEMEINE INFORMATIONEN**" die Unterabschnitte "**Keine wesentliche Änderung**", "**Keine wesentliche nachteilige Änderung**" und "**Gerichtsverfahren**" wie folgt ersetzt:

"Keine wesentliche Änderung"

Es gab keine wesentliche Veränderung in der Finanz- oder Handelslage der Emittentin oder der Bankengruppe seit dem 30. Juni 2019.

Keine wesentliche nachteilige Änderung

Es gab keine wesentlich nachteiligen Änderungen in den Aussichten für die Bank oder die Bankengruppe seit dem 31. Dezember 2018.

Gerichtsverfahren

Mit Ausnahme der in "**Die Bank, die Bankengruppe, und die Gruppe – Rechtstreitigkeiten**" (ohne den Abschnitt "**Allgemeines**") angegebenen Verfahren, gibt es keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Emittentin noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten), die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Emittentin und/oder der Bankengruppe auswirken bzw. im Zeitraum der letzten 12 Monate vor dem Datum dieses Basisprospektes ausgewirkt haben."

- XI. In den Basisprospekten werden in dem Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**" der Unterabschnitt "**Die Bank, die Bankengruppe und die Gruppe**" durch den folgenden Absatz ersetzt:

"Die Bank, die Bankengruppe und die Gruppe"

An dieser Stelle werden die per Verweis einbezogenen Informationen über die Emittentin, die in der Form 20-F, dem Geschäftsbericht der Emittentin 2017 und dem Geschäftsbericht der Emittentin 2018 enthalten sind, einbezogen.

Die Bank (zusammen mit ihren Tochtergesellschaften (die "**Bankengruppe**") ist eine in England und Wales unter der Nummer 1026167 eingetragene Aktiengesellschaft (*public limited company*). Die Haftung der Gesellschafter der Bank ist beschränkt. Eingetragener Sitz und Hauptniederlassung der Bank ist 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich (Telefonnummer: +44 (0)20 7116 1000). Die Bank wurde am 7. August 1925 nach dem Colonial Bank Act von 1925 gegründet und am 4. Oktober 1971 als "*company limited by shares*" nach dem Companies Act von 1948 bis 1967 eingetragen. Gemäß dem Barclays Bank Act von 1984 erfolgte am 1. Januar 1985 eine Neueintragung der Bank als "*public limited company*" und ihre Umfirmierung von "Barclays Bank International Limited" in "Barclays Bank PLC". Alle ausgegebenen Stammaktien am Kapital der Bank befinden sich im wirtschaftlichen Eigentum der Barclays PLC. Die Barclays PLC (zusammen mit ihren Tochtergesellschaften (die "**Gruppe**") ist die Endholdinggesellschaft der Gruppe.

Bei der Gruppe handelt es sich um eine transatlantische Verbraucher- und Großkundenbank mit globaler Ausrichtung, die Produkte und Dienstleistungen in den Bereichen Privatkunden, Unternehmenskunden und Investmentbanking, Kreditkarten und Vermögensverwaltung anbietet und in den zwei Heimatmärkten, Vereinigtes Königreich und den USA verankert ist. Die Gruppe besteht aus zwei klar voneinander abgegrenzten Geschäftsbereichen: die Barclays UK Division und die Barclays International Division. Diese sind im Wesentlichen in zwei Bankentochtergesellschaften angesiedelt, wobei Barclays UK innerhalb der Barclays Bank UK PLC und Barclays International innerhalb der Bank aufgehängt ist, die neben der Barclays Services Limited tätig, jedoch entsprechend der Anforderungen der Ring-fencing-Gesetze unabhängig voneinander sind. Barclays Services Limited steigert die Effizienz durch die Lieferung betrieblicher und technischer Dienstleistungen innerhalb der Gruppe.

Die Bank und die Bankengruppe bieten Produkte und Dienstleistungen an, die auf die größeren Firmen- und Großkunden und internationalen Bankenkunden zugeschnitten sind.

Die folgenden Finanzinformationen sind dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Emittentin für das zum 31. Dezember 2019 bzw. zum 31. Dezember 2018 endende Jahr entnommen:

	Zum 31.12.2018 GBP Mio.	Zum 31.12.2017 GBP Mio.
Gesamte Aktiva	877.700	1.129.343
Kredite und Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten	136.959	324.590
Einlagen zu fortgeführten Anschaffungskosten	199.337	399.189
Gesamtes Eigenkapital	47.711	65.734
Minderheitsbeteiligungen	2	1
Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.286	1.758
Wertminderungsaufwand und andere Rückstellungen	(643)	(1.553)

Die folgenden Finanzinformationen sind den ungeprüften Halbjahreszahlen der Emittentin für das zum 30. Juni 2019 bzw. zum 30. Juni 2018 endende Halbjahr entnommen:

	Zum 30.06.2019 GBP Mio. (ungeprüft)	Zum 30.06.2018 GBP Mio. (ungeprüft)
Gesamte Aktiva	969.266	903.345
Nettogesamtbetrag der Forderungen ⁵	144.664	226.369
Gesamtbetrag der Einlagen ⁶	215.125	279.438
Gesamtes Eigenkapital	52.610	48.192
Minderheitsbeteiligungen	0	2

⁵ Es handelt sich um ungeprüfte Kennzahlen: Der Nettogesamtbetrag der Forderungen wird aus der Summe der beiden ungeprüften Bilanzzahlen "Forderungen an Banken" und "Forderungen an Kunden" errechnet, die in der Bekanntmachung der Halbjahresergebnisse 2019 veröffentlicht wurden. Aufgrund einer freiwilligen Ausweisänderung im Zuge der Anwendung von IFRS 9 wurden "Forderungen an Banken" und "Forderungen an Kunden" aufgliedert und werden nun in den Positionen "Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten" und "Barsicherheiten und Abwicklungssalden" ausgewiesen.

⁶ Es handelt sich um ungeprüfte Kennzahlen: Der Gesamtbetrag der Einlagen wird aus der Summe der beiden ungeprüften Bilanzzahlen "Einlagen von Banken" und "Kundenforderungen" errechnet, die in der Bekanntmachung der Halbjahresergebnisse 2019 veröffentlicht wurden. Aufgrund einer freiwilligen Ausweisänderung im Zuge der Anwendung von IFRS 9 wurden "Einlagen von Banken" und "Kundenforderungen" aufgliedert und werden nun in den Positionen "Einlagen zu fortgeführten Anschaffungskosten" und "Barsicherheiten und Abwicklungssalden" ausgewiesen.

	Zum 30.06.2019 GBP Mio. (ungeprüft)	Zum 30.06.2018 GBP Mio. (ungeprüft)
Gewinn vor Steuern	1.725	725
Wertminderungsaufwand und andere Rückstellungen	510	(156)

Übernahmen, Veräußerungen und jüngste Entwicklungen

Es liegen keine relevanten Ereignisse vor.

Rechtsstreitigkeiten

Die Barclays Bank PLC und die Bankengruppe sind rechtlichen, wettbewerbsrechtlichen und regulatorischen Herausforderungen ausgesetzt, von denen viele außerhalb der Kontrolle der Bankengruppe liegen. Das Ausmaß der Auswirkungen dieser Angelegenheiten auf Barclays ist nicht immer vorhersehbar, kann jedoch die Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und -ergebnisse und die Geschäftsaussichten der Bankengruppe in wesentlichem Maße beeinträchtigen. Angelegenheiten, die aufgrund von ähnlichen Umständen entstehen, können entweder zu einer Eventualverbindlichkeit oder Rückstellung oder zu beidem führen, je nach dem maßgeblichen Sachverhalt und den maßgeblichen Umständen.

Ermittlungen in Bezug auf bestimmte Beratungsverträge und andere Angelegenheiten sowie Zivilverfahren

Die für schwere Betrugsdelikte zuständige Behörde in dem Vereinigten Königreich (*UK Serious Fraud Office* ("**SFO**")), die britische Finanzdienstleistungsaufsicht (*Financial Conduct Authority* ("**FCA**")), das US-Justizministerium (*Department of Justice* ("**DoJ**")) und die US-Börsenaufsichtsbehörde (*Securities Exchange Commission* ("**SEC**")) untersuchen zwei Beratungsverträge, welche die Barclays Bank PLC eingegangen ist. Diese Verträge wurden im Juni beziehungsweise im Oktober 2008 mit der Qatar Holding LLC geschlossen. Die FCA hat Untersuchungen hinsichtlich der Frage eingeleitet, ob diese Verträge in Zusammenhang mit den Kapitalbeschaffungen der Barclays PLC im Juni und im November 2008 (die "**Kapitalbeschaffungen**") gestanden haben könnten. Das Bestehen des Beratungsvertrags vom Juni 2008 wurde offengelegt, aber der Abschluss des Beratungsvertrags im Oktober 2008 und die im Rahmen der Verträge zu zahlenden Honorare, die sich insgesamt auf GBP 322 Mio., zahlbar über einen Zeitraum von fünf Jahren, belaufen, wurden nicht in den Bekanntmachungen oder öffentlichen Dokumenten in Bezug auf die Kapitalbeschaffungen offengelegt. Die SFO leitete ebenfalls eine Untersuchung der Verträge und des Darlehens über USD 3 Mrd. (das "**Darlehen**"), das die Barclays Bank PLC im November 2008 dem Staat Qatar gewährte, ein. Im Mai 2018 ließ der Crown Court sämtliche Anschuldigungen der SFO gegen die Barclays PLC und die Barclays Bank PLC fallen und im Oktober 2018 lehnte der High Court den Antrag der SFO auf Wiederaufnahme sämtlicher Punkte ab, die folglich fallen gelassen wurden.

FCA Verfahren und andere Untersuchungen

2013 hat die FCA Warnhinweise (die "**Hinweise**") mit der Feststellung herausgegeben, dass - während die Barclays PLC und die Barclays Bank PLC zum Zeitpunkt der Ausfertigung der Verträge davon ausgegangen waren, dass aus diesen zumindest ein nicht spezifizierter und unbestimmter Wert bezogen werden sollte - der primäre Zweck der Verträge nicht der war, Beratungsleistungen zu beziehen, sondern zusätzliche Zahlungen für die katarische Beteiligung an den Kapitalbeschaffungen zu leisten, die nicht offengelegt werden sollten. In den Hinweisen wird festgestellt, dass die Barclays PLC und die Barclays Bank PLC gegen bestimmte mit der Offenlegung einhergehende Börsenvorschriften, und die Barclays PLC auch gegen das Listing Principle 3 (die Pflicht, sich gegenüber Inhabern und potentiellen Inhabern von Aktien der Gesellschaft integer zu verhalten) verstießen. In dieser Hinsicht ist die FCA der Ansicht, dass die Barclays PLC und die Barclays Bank PLC leichtfertig handelten. Das in den Hinweisen gegen Barclays verhängte Bußgeld beträgt GBP 50 Mio. Die Barclays PLC und die Barclays Bank PLC bestreiten die Feststellungen weiterhin. Die Klage der FCA wurde

wegen der Verfahren der SFO gegen bestimmte ehemalige Führungskräfte von Barclays aufgeschoben.

Weiterhin haben das DoJ und die SEC Ermittlungen hinsichtlich der Verträge eingeleitet.

Zivilklage

2016 haben die PCP Capital Partners LLP und PCP International Finance Limited (**PCP**) Klage gegen die Barclays Bank PLC eingereicht, mit der Schadensersatz für arglistige Täuschung und Betrug aufgrund von angeblichen Behauptungen der Barclays Bank PLC gegenüber PCP im Zusammenhang mit den Bedingungen geltend gemacht werden, zu denen Wertpapiere an potenzielle Anleger, unter anderem angeblich an PCP, bei der Kapitalerhöhung vom November 2008 ausgegeben wurden. PCP macht nun Schadensersatz in Höhe von etwa GBP 1,6 Mrd. (nebst Zinsen ab November 2017) und Kosten geltend. Die Barclays Bank PLC verteidigt sich gegen diese Klage. Der Beginn des Verfahrens ist für Juni 2020 vorgesehen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten. Die Strafzahlung der von der FCA erlassenen Bescheide und der Betrag der Forderung von PCP stellen nicht zwingend die drohende Verbindlichkeit von Barclays in diesen Verfahren dar.

Untersuchungen im Hinblick auf bestimmte Geschäftsbeziehungen

2012 leiteten das DoJ und die SEC Ermittlungen zu der Frage ein, ob bestimmte Beziehungen von Barclays zu Dritten, die die Barclays PLC beim Aufbau neuer oder der Aufrechterhaltung bestehender Geschäftsverbindungen behilflich sind, die Vorschriften des US Foreign Corrupt Practices Act einhalten. Verschiedene Aufsichtsbehörden in anderen Jurisdiktionen werden über die Ermittlungen ebenfalls auf dem Laufenden gehalten. Davon unabhängig kooperiert Barclays mit dem DoJ und der SEC im Zusammenhang mit einer Untersuchung im Hinblick auf bestimmte Verfahren bei der Einstellung von Mitarbeitern in Asien und anderswo, und hält bestimmte Aufsichtsbehörden in anderen Jurisdiktionen informiert. Barclays ist in fortgeschrittenen Verhandlungen, um diesen Sachverhalt zu beenden.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Barclays erwartet, dass die finanzielle Auswirkung des oben beschriebenen Sachverhalts keinen wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe haben wird.

Ermittlungen in Bezug auf den LIBOR und andere Referenzwerte

Die Aufsichts- und Vollzugsbehörden, einschließlich einiger Wettbewerbsbehörden verschiedener Regierungen haben Ermittlungen im Zusammenhang mit der Beteiligung der Barclays Bank PLC an der Manipulation bestimmter finanzieller Referenzwerte wie etwa dem LIBOR und dem EURIBOR durchgeführt. Die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und Barclays Capital Inc. ("**BCI**") haben mit bestimmten anderen Aufsichts- und Vollzugsbehörden Einigungen erzielt. Die Barclays Bank PLC kommt auch weiterhin Auskunftsverlangen der SFO in Bezug auf ihre laufenden LIBOR-Ermittlungen, einschließlich in Bezug auf Barclays Bank PLC, nach.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Abgesehen von den voranstehend beschriebenen Vergleichen ist es derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich weiterer finanzieller Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Zivilklagen in Bezug auf den LIBOR und andere Referenzwerte

Verschiedene Personen und Unternehmen haben in mehreren Jurisdiktionen Zivilklagen gegen Barclays und

andere Banken in Bezug auf den LIBOR und/oder andere Referenzwerte angedroht oder eingereicht. Während einige dieser Fälle zurückgewiesen oder beigelegt wurden oder durch Vergleich unter dem Vorbehalt der endgültigen Genehmigung durch das zuständige Gericht beigelegt werden konnten (und im Falle von Sammelklagen vorbehaltlich des Rechtes von Gruppenmitgliedern, den Vergleich abzulehnen und ihre eigenen Ansprüche geltend zu machen), laufen andere Verfahren weiter, und die letztlichen Auswirkungen sind unklar.

USD-LIBOR-Klagen vor dem Multidistrict Litigation-Gericht

Die Mehrzahl der in verschiedenen US-Jurisdiktionen angestregten USD-LIBOR-Klagen wurden für vorprozessuale Zwecke vor einem Einzelrichter des US-Bezirksgerichts im *Southern District of New York* ("SDNY") gemeinsam verhandelt.

In den im Wesentlichen vergleichbaren Klageschriften wurde u. a. der Vorwurf erhoben, die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI und andere Finanzinstitute hätten, sowohl einzeln als auch kollektiv, gegen Bestimmungen des US Sherman Antitrust Act ("**Antitrust Act**"), des US Commodity Exchange Act ("**CEA**"), des US Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act ("**RICO**"), des Securities Exchange Act von 1934 sowie verschiedene einzelstaatliche Rechtsvorschriften verstoßen, indem sie USD-LIBOR-Sätze manipulierten.

Einige der beantragten Sammelklagen wurden beigelegt. Barclays hat angebliche Forderungen von Klägern im Wege des Vergleichs beigelegt, die (i) USD-LIBOR-bezogene OTC-Geschäfte getätigt (OTC-Klasse), (ii) USD-LIBOR-bezogene Finanzinstrumente an einer Börse erworben, (iii) USD-LIBOR-bezogene Schuldtitel erworben oder (iv) auf USD-LIBOR-bezogene Darlehen vergeben haben (Kreditgeber-Klasse), und hat USD 120 Mio., USD 20 Mio., USD 7,1 Mio. bzw. USD 4 Mio. gezahlt. Die Vergleiche mit der OTC-Klasse und der Kreditgeber-Klasse wurden vom Gericht endgültig genehmigt. Die anderen Vergleiche unterliegen noch der endgültigen Genehmigung durch das Gericht bzw. dem Recht der Mitglieder der Gruppe den Vergleich abzulehnen und ihre eigenen Ansprüche geltend zu machen.

In den übrigen Einzel- und Sammelklagen wird Schadensersatz in unbestimmter Höhe gefordert, ausgenommen in fünf Klagen, in denen die Kläger von allen Beklagten, einschließlich der Barclays Bank PLC, Schadensersatz in Höhe von zusammen mehr als USD 1,25 Mrd., zuzüglich Strafschadensersatz, fordern. In einigen der Klagen wird zudem Schadensersatz in dreifacher Höhe (trebling of damages) nach Maßgabe der Bestimmungen des Antitrust Act und des RICO gefordert.

Weitere USD-LIBOR-Klagen im SDNY

2015 wurde eine Einzelklage gegen die Barclays Bank PLC und andere beklagte Panel-Banken vom SDNY abgewiesen. Der Kläger brachte vor, die beklagten Panel-Banken hätten Absprachen getroffen, um den USD-LIBOR ansteigen zu lassen, was dazu geführt habe, dass der Wert der für einen Kredit als Sicherheit hinterlegten Anleihen gesunken sei, was letztlich zum Verkauf der Anleihen zu einem Tiefststand ihres Marktwerts geführt habe. Im März 2018 lehnte das Gericht den Antrag des Klägers auf Klageänderung ab und wies den Fall ab. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Gerichts wurde abgewiesen.

Seit Januar 2019 wurden im SDNY mehrere Sammelklagen gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, andere Finanzinstitute auf der Beklagtenseite und die Intercontinental Exchange Inc. sowie gegen bestimmte ihrer Tochtergesellschaften (ICE) eingereicht und kartellrechtliche Ansprüche sowie Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung auf der Grundlage geltend gemacht, die Beklagten hätten Anfang 2014 den USD-LIBOR manipuliert, indem sie ICE, die Kursfestsetzungsdienste für den LIBOR 2014 von der British Bankers' Association übernommen hatte, Kurse mitteilten. Diese Sammelklagen wurden zusammengefasst.

Sterling-LIBOR-Klage im SDNY

2015 wurde eine Sammelklage (putative class action) im SDNY gegen die Barclays Bank PLC und andere Sterling-LIBOR-Panel-Banken durch einen Kläger eingereicht, der sich an börslich gehandelten und OTC-Derivaten, die an den Sterling-LIBOR gebunden waren, beteiligt hatte. In der Klageschrift wird u. a. behauptet, die Beklagten hätten den Sterling-LIBOR-Satz zwischen 2005 und 2010 manipuliert und durch dieses Verhalten gegen Bestimmungen des CEA, des Antitrust Act sowie des RICO verstoßen. 2016 wurde diese Sammelklage

mit einer weiteren Sammelklage zusammengefasst, die ähnliche Anschuldigungen gegen die Barclays Bank PLC, BCI und andere Sterling LIBOR-Panel-Banken erhob. Dem Antrag der Beklagten auf Klageabweisung wurde im Dezember 2018 stattgegeben. Der Kläger bat das Gericht, seine Entscheidung zu überdenken.

Japanischer Yen-LIBOR-Klagen im SDNY

2012 reichte ein Kläger, der an Transaktionen mit börsengehandelten Derivaten beteiligt war, eine Sammelklage gegen die Barclays Bank PLC und andere Panel-Banken für den Japanischen Yen-LIBOR im SDNY ein. In der Klageschrift werden auch die Mitglieder des Panels der Japanese Bankers Association Euroyen Tokyo Interbank Offered Rate (Euroyen-TIBOR), dem die Barclays Bank PLC nicht angehört, benannt. In der Klageschrift wird u. a. der Vorwurf der Manipulation der Euroyen-TIBOR- sowie der Yen-LIBOR-Sätze und des Verstoßes gegen Bestimmungen des CEA sowie des Antitrust Act im Zeitraum von 2006 bis 2010 erhoben. 2014 wies das Gericht die kartellrechtlichen Ansprüche des Klägers vollumfänglich ab, wobei die Ansprüche des Klägers gemäß den Bestimmungen des CEA weiter anhängig sind. Das Beweisaufnahmeverfahren läuft.

2017 wurde eine zweite Sammelklage mit Bezug zum Yen LIBOR gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI, die im SDNY anhängig gemacht wurde, vollumfänglich abgewiesen. Die Klage bringt ähnliche Anschuldigungen wie die Sammelklage aus 2012 vor. Die Kläger haben gegen die Abweisung Widerspruch eingelegt.

SIBOR/SOR-Fall im SDNY

2016 wurde eine als Sammelklage bezeichnete Klage im SDNY gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI und andere Beklagte, mit der die Manipulation der Singapore Interbank Offered Rate (SIBOR) und der Singapore Swap Offer Rate (SOR) geltend gemacht wurde, eingereicht. Die Kläger änderten ihre Klageschrift 2017, nachdem das Gericht die Ansprüche gegen Barclays aufgrund mangelhafter Anspruchsbegründung abgewiesen hatte. Im Oktober 2018 ließ das Gericht sämtliche Anklagepunkte gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI fallen. Die Kläger haben gegen diese Entscheidung Widerspruch eingelegt.

Verfahren in Bezug auf Referenzwerte außerhalb der USA

Im Vereinigten Königreich haben bestimmte Gemeinden Klage gegen Barclays eingereicht und geltend gemacht, dass sie Kredite im Vertrauen auf falsche Angaben seitens Barclays über das Verhalten von Barclays in Bezug auf den LIBOR abgeschlossen hätten.

Neben den voranstehend beschriebenen Klagen in den USA und im Vereinigten Königreich sind gegen Barclays im Vereinigten Königreich, in zahlreichen anderen Jurisdiktionen Europas, Israel und in Argentinien Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit angeblichen Manipulationen des LIBOR, EURIBOR und anderer Referenzwerte angestrengt oder angedroht worden. Weitere Verfahren in anderen Jurisdiktionen könnten in der Zukunft anhängig gemacht werden.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Abgesehen von den oben beschriebenen Vergleichen ist es derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich weiterer finanzieller Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Ermittlungen zu Devisenkursen

Eine Reihe von Aufsichts- und Vollzugsbehörden mehrerer Jurisdiktionen haben verschiedene Vorfälle im Zusammenhang mit dem Verkauf und dem Handel mit Devisen, einschließlich des elektronischen Handels, untersucht.

2015 hat Barclays Vergleiche mit der CFTC, dem DoJ, dem NYDFS, dem Board of Governors of the Federal Reserve System (Federal Reserve) und der FCA (zusammen die Streitbelegenden Behörden 2015) im Hinblick

auf bestimmte Verkaufs- und Handelspraktiken auf dem Devisenmarkt erzielt. Im Zusammenhang mit diesen Vergleichen hat Barclays eine Strafzahlung von insgesamt etwa USD 2,38 Mrd. geleistet und zugestimmt, Abhilfemaßnahmen zu ergreifen.

Im Rahmen der Einigung (*plea agreement*) mit dem DoJ, das von dem *US District Court for the District of Connecticut* im Januar 2017 genehmigt wurde, hat die Barclays PLC einem Bewährungszeitraum von drei Jahren zugestimmt, Barclays informiert einige der Streitbeilegenden Behörden 2015 weiterhin fortlaufend.

Die Europäische Kommission ist eine von mehreren Behörden, die noch Ermittlungen hinsichtlich bestimmter Praktiken auf dem Devisenmarkt durchführen. Im Mai 2019 hat die Europäische Kommission zwei Vergleiche veröffentlicht und Barclays hat insgesamt Strafzahlungen von etwa EUR 210 Mio. geleistet. Im Juni 2019 veröffentlichte die Schweizer Wettbewerbsbehörde zwei Vergleiche, die Barclays dazu verpflichtet insgesamt Strafzahlungen von etwa CHF 27 Mio. zu zahlen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Abgesehen von den oben beschriebenen Vergleichen rechnet Barclays nicht damit, dass die beschriebenen Sachverhalte sich wesentlich auf die Ertragslage der Gruppe, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage auswirken werden.

Zivilklagen in Bezug auf Devisen

Nach der Einstellung bestimmter oben in *Ermittlungen zu Devisenkursen* erwähnter Ermittlungen haben zahlreiche Einzelpersonen und Unternehmen in verschiedenen Jurisdiktionen Zivilklagen gegen Barclays und andere Banken in Bezug auf Devisentransaktionen eingereicht oder dies angedroht, oder könnten dies in Zukunft tun. Einige dieser Fälle wurden abgewiesen, beigelegt oder vorbehaltlich der endgültigen Genehmigung des zuständigen Gerichts verglichen (und im Falle von Sammelklagen vorbehaltlich des Rechts der Mitglieder der Gruppe, aus dem Vergleich auszusteigen und ihre eigenen Ansprüche geltend zu machen).

Devisenkurs Opt-out -Klage

2014 wurden im SDNY eine Reihe von Zivilklagen im Rahmen derer eine Manipulation von Devisenmärkten zu einer einzelnen Klage zusammengefasst ("**Zusammengefasste Devisenkurs-Klage**") wurden. 2015 haben die Barclays Bank PLC und BCI die Zusammengefasste Devisenkurs-Klage im Wege des Vergleichs beigelegt und USD 384 Mio. gezahlt. Der Vergleich wurde durch das Gericht im August 2018 endgültig genehmigt.

Im November 2018 reichte eine Gruppe von 16 Klägern (und mehrere ihrer Tochtergesellschaften), die aus dem Vergleich im Rahmen der Zusammengefassten Devisenkurs-Klage ausgestiegen waren, Klage im SDNY gegen die Beklagten der Zusammengefassten Devisenkurs-Klage, einschließlich der Barclays Bank PLC und BCI, ein.

Privatkunden-Klage

Eine Sammelklage wurde im Namen einer Gruppe von Einzelpersonen, die Währungen auf Privatkunden-Basis in Bankniederlassungen wechselten, gegen eine Reihe internationaler Banken, einschließlich der Barclays PLC und BCI, im Northern District of California eingereicht (und später an den SDNY verwiesen) ("**Privatkunden-Ansprüche**"). Das Gericht hat entschieden, dass die Privatkunden-Ansprüche nicht von der Vergleichsvereinbarung für die Zusammengefasste Devisenkurs-Klage erfasst werden. Das Gericht hat daraufhin sämtliche Privatkunden-Ansprüche gegen Barclays und alle anderen Beklagten zurückgewiesen. Die Kläger haben ihre Klageschrift geändert und begehrten eine Klageerweiterung, die auch Kreditkarten-, Debitkarten- und Überweisungstransaktionen beinhalten sollte, die jedoch vom Gericht abgelehnt wurde.

Devisenkurs-Klage nach dem Recht einzelner US-Bundesstaaten

2016 wurde eine weitere Sammelklage im SDNY nach dem Recht der Bundesstaaten von New York und Kalifornien im Namen einer Klägergruppe von ETF-Anteilseignern und anderen eingereicht, die angeblich indirekte Anleger in Deviseninstrumente waren. Der Prozessvertreter der Kläger änderte daraufhin die

Klageschrift und machte Ansprüche in Namen einer Anlegergruppe nach Bundesrecht und dem Recht verschiedener US-Bundesstaaten geltend, die mit Deviseninstrumenten über Devisenhändler oder Makler gehandelt haben, denen keine Manipulation von ausländischen Wechselkursen vorgeworfen wird. Daraufhin reichte eine andere Klägergruppe eine weitere Klage ein, die im Wesentlichen ähnliche Ansprüche geltend macht. Diese beiden Klagen wurden zusammengefasst und 2017 wurde eine zusammengefasste Klageschrift eingereicht. Die zusammengefasste Klage wurde abgewiesen, wobei die Kläger eine geänderte Klageschrift eingereicht haben, jedoch ohne ihre Ansprüche auf Bundesebene.

Devisenkurs-Klagen außerhalb der Vereinigten Staaten

Neben den oben beschriebenen Klagen sind gegen Barclays in Zusammenhang mit der Manipulation von Devisenkursen im Vereinigen Königreich, einer Reihe von anderen Ländern in Europa, Israel und Australien Gerichtsverfahren anhängig oder angedroht worden und auch in der Zukunft können zusätzliche Verfahren anhängig gemacht werden.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Abgesehen von dem oben beschriebenen Vergleich ist es derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich weiterer finanzieller Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sich diese gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Metall-Ermittlungen

Die Barclays Bank PLC hat dem DoJ, der CFTC und anderen Behörden Informationen im Rahmen von Ermittlungen in Verbindung mit Metallen und metall-bezogenen Finanzinstrumenten zukommen lassen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Ansprüche auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Zivilklagen in Bezug auf das Gold- und Silber-Fixing

Eine Reihe von Zivilklagen, die jeweils für eine Klägergruppe eingereicht wurden, wurden zusammengelegt und an den SDNY verwiesen. Die Klagen werfen der Barclays Bank PLC und anderen Mitgliedern der London Gold Market Fixing Ltd. vor, unter Verletzung der Bestimmungen des CEA, des Antitrust Acts sowie US-bundesstaatlicher Kartell- und Verbraucherschutzgesetze die Preise von Gold und Derivatekontrakten in Gold manipuliert zu haben.

Ebenfalls in den USA hat eine Klägergruppe eine Klage gegen eine Reihe von Banken, einschließlich der Barclays Bank PLC, BCI und Barclays Capital Services Ltd., wegen der angeblichen Manipulation des Silberpreises unter Verstoß gegen das CEA und kartellrechtliche Gesetze eingereicht. Das Gericht hat die Klage gegen die Barclays-Gesellschaften abgewiesen.

Darüber hinaus wurden auch vor kanadischen Gerichten Zivilklagen gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, Barclays Capital Canada Inc. und die BCI für Klägergruppen aufgrund angeblicher Manipulation von Gold- und Silberpreisen unter Verstoß gegen kanadisches Recht eingereicht.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit US-Hypotheken

In Zusammenhang mit US-amerikanischen Residential-Mortgage-backed-Securities (RMBS) sind mehrere zivilrechtliche Verfahren anhängig.

Barclays hat als alleiniger Anbieter Kreditzusagen und -garantien (representations and warranties, "**R&W**") in Höhe von ca. USD 5 Mrd. für von Barclays gesponserte Verbriefungen abgegeben.

Zusätzlich hat ein Unternehmen von Barclays 2007 (die Erworbene Tochtergesellschaft) R&Ws in Bezug auf von ihr an Dritte verkauften Kredite in Höhe von ca. USD 19,4 Mrd. abgegeben.

Für die meisten R&Ws wurden keine zeitlichen Begrenzungen von Seiten Barclays oder der Erworbenen Tochtergesellschaft angegeben.

Unter bestimmten Umständen können Barclays und/oder die Erworbene Tochtergesellschaft verpflichtet sein, die entsprechenden Kredite zurückzukaufen oder andere Zahlungen in Bezug auf diese Kredite zu leisten, wenn die R&Ws nicht eingehalten werden.

Hinsichtlich der spätestens am 30. Juni 2019 eingegangenen, noch nicht entschiedenen Forderungen auf Rückkauf in Verbindung mit R&Ws, die Barclays oder die Erworbene Tochtergesellschaft abgegeben haben, bestand zum Zeitpunkt des Verkaufs ein ursprünglicher ausstehender Kapitalsaldo in Höhe von ca. USD 2,1 Mrd.

Die vorstehend beschriebenen noch nicht entschiedenen Forderungen auf Rückkauf beziehen sich auf Zivilklagen, die von den Treuhändern bestimmter RMBS-Verbriefungen erhoben wurden und im Rahmen derer die Treuhänder behaupten, Barclays und/oder die Erworbene Tochtergesellschaft müsse/müssten Kredite zurückkaufen, bei denen ein Verstoß gegen die operativen R&Ws vorliegt. Diese Treuhänder sowie alle anderen Parteien, die einen Rückkauf fordern, haben im Rahmen dieser Klagen ferner geltend gemacht, dass möglicherweise ein Verstoß gegen die operativen R&Ws bezüglich einer größeren (jedoch nicht bezifferten) Anzahl von Krediten vorliegt, als die zuvor von den Treuhändern in ihren konkreten Forderungen auf Rückkauf angegebene Anzahl. Dieses zivilrechtliche Verfahren dauert an. Ein zwischengeschaltetes Berufungsgericht hat entschieden, dass Ansprüche im Zusammenhang mit bestimmten R&Ws verjährt sind. Gegen diese Entscheidung wird Berufung eingelegt.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich weiterer finanzieller Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Alternative Handelssysteme

2014 reichte die Generalstaatsanwaltschaft von New York (*New York State Attorney General* ("**NYAG**")) beim Obersten Gerichtshof des Bundesstaates New York (*Supreme Court of the State of New York* ("**NY Supreme Court**")) eine Klage (die "**NYAG-Klage**") gegen die Barclays PLC und die BCI ein, in deren Rahmen sie unter anderem den Vorwurf erhob, die Barclays PLC und BCI seien an Betrugsfällen und irreführenden Praktiken im Zusammenhang mit LX, dem SEC-registrierten alternativen Handelssystem (AHS) von Barclays, beteiligt gewesen. Im Februar 2016 gelang es Barclays Einigungen mit der SEC und NYAG abzuschließen, die Barclays verpflichtete jeweils USD 35 Mio. an beide Behörden zu zahlen.

Im Anschluss an die Einreichung der NYAG-Klage wurden die Barclays PLC und BCI, in einer Aktionärs-Sammelklage erwähnt. Die Parteien haben einem Vergleich dieser Klage in Höhe von USD 27 Mio. zugestimmt, der gerichtlich genehmigt wurde.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Abgesehen von den oben genannten Vergleichen, gibt es keine finanziellen Auswirkungen auf die Ertragslage, Kapitalflüsse oder Finanzlage von Barclays.

Zivilklagen in Bezug auf Staatsanleihen und diesbezügliche Angelegenheiten

Gegen die Barclays Bank PLC, BCI und andere Finanzinstitute wurden verschiedene Zivilklagen eingereicht, in denen Verletzungen kartellrechtlicher und anderer Gesetze im Zusammenhang mit Märkten für US-Staatsanleihen und Supranational-Wertpapieren, sonstigen Staatsanleihen und Agency-Securities geltend gemacht werden. Bestimmte Regierungsbehörden führen darüber hinaus Ermittlungen in Bezug auf den Handel mit bestimmten Staatsanleihen und Agency-Securities in verschiedenen Märkten durch.

Vor einem US-Bundesgericht wurden zahlreiche Sammelklagen gegen die Barclays Bank PLC, die BCI und andere Finanzinstitute eingereicht, die als Primärhändler für US-Staatsanleihen tätig waren. Diese Klagen wurden zusammengefasst und die Kläger der Sammelklage reichten 2017 eine zusammengefasste geänderte Klageschrift beim US-Bundesgericht in New York gegen die Beklagten sowie gegen bestimmte Unternehmen ein, die elektronische Handelsplattformen betreiben, auf denen US-Staatsanleihen gehandelt werden. In der Klage werden Ansprüche aus US-bundesrechtlichen Kartellgesetzen und einzelstaatlichem Common Law geltend gemacht und behauptet, dass die Beklagten (i) Absprachen zur Manipulation des Markts für US-Staatsanleihen und/oder (ii) Absprachen zur Verhinderung der Bildung bestimmter Plattformen durch Boykottierung oder Androhung einer Boykottierung dieser Handelsplattformen getroffen hätten. Die Beklagten haben Antrag auf Klageabweisung gestellt.

Daneben haben bestimmte Kläger eine damit zusammenhängende direkte Klage gegen die BCI und bestimmte andere Finanzinstitute eingereicht, die als Primärhändler von US-Staatsanleihen aufgetreten sind. In der Klage wird geltend gemacht, dass die Beklagten Absprachen getroffen hätten, um Preise und den Markt für US-Staatsanleihen unter Verletzung des US-bundesstaatlicher Kartellgesetze, des CEA und des einzelstaatlichen Common Laws zu manipulieren.

Die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, Barclays Execution Services Limited (vormals Barclays Services Limited), Barclays Capital Securities Limited und bestimmte andere Finanzinstitute wurden in einer kartellrechtlichen Zivilklage als Beklagte genannt, in der behauptet wird, dass die Beklagten von 2009 bis 2015 Absprachen zu Preisen und zur Beschränkung des Wettbewerbs auf dem Markt für Supranational-Anleihen, sonstige Staatsanleihen und Agency-Anleihen ("**SSA-Anleihen**") getroffen hätten. Die Beklagten haben Antrag auf Klageabweisung gestellt. Im Februar 2019 reichten indirekte Käufer von SSA-Anleihen eine gesonderte, jedoch damit zusammenhängende Klage mit ähnlichen Anschuldigungen ein.

Bestimmte staatliche Behörden führen Ermittlungen zu den Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Handel bestimmter Staatsanleihen und Agency-Securities in verschiedenen Märkten durch und Barclays legt verschiedenen Behörden fortlaufend Informationen vor.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

Sammelklagen in Bezug auf Anleihen von der US-Regierung geförderten Unternehmen

In einer konsolidierten Sammelklage, die 2019 bei der SDNY eingereicht wurde, behaupten die Kläger, dass BCI und bestimmte andere Anleihehändler von Januar 2009 bis Januar 2016 Preisabsprachen in Bezug auf Anleihen staatlich geförderten Unternehmen unter Verletzung des US-Kartellrechts getroffen haben.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung der finanziellen Auswirkungen des Sachverhalts abzugeben oder Angaben zu machen, welche Auswirkungen der Sachverhalt auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum haben könnte.

Zivilklage in Bezug auf mexikanische Staatsanleihe

Im Jahre 2018 wurde eine zusammengefasste Sammelklage gegen mehrere Finanzinstitute, einschließlich der

Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, Barclays Capital Securities Limited, Barclays Bank Mexico, S.A., Grupo Financiero Barclays Mexico, S.A. de C.V. und die Banco Barclays S.A., beim US District Court im SDNY zusammengefasst. Die Kläger machen kartell- und staatsrechtliche Ansprüche aufgrund einer angeblichen Preisabsprache für mexikanische Staatsanleihen in dem Zeitraum von 2006 bis Mitte 2017 geltend. Die Beklagten haben Antrag auf Abweisung der zusammengefassten Klage gestellt.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klage auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

BDC Finance L.L.C.

Die BDC Finance L.L.C. (BDC) reichte 2008 Klage gegen die Barclays Bank PLC vor dem NY Supreme Court ein, in der geltend gemacht wird, die Barclays Bank PLC habe einen Vertrag im Zusammenhang mit einem Portfolio aus Total Return Swap-Transaktionen, für die ein ISDA-Rahmenvertrag gilt (zusammen der "**Vertrag**"), verletzt, als sie 2008 der Forderung der BDC nach Übertragung angeblicher überschüssiger Sicherheiten in Höhe von ca. USD 40 Mio. (die "**Forderung**") nicht nachkam.

Die BDC macht geltend, die Barclays Bank PLC sei nach dem Vertrag nicht berechtigt gewesen, die Forderung vor der Übertragung der angeblichen überschüssigen Sicherheiten zu bestreiten, und selbst wenn die Barclays Bank PLC nach dem Vertrag dazu berechtigt gewesen wäre, die Forderung vor der Übertragung zu bestreiten, habe die Barclays Bank PLC versäumt, die Forderung zu bestreiten. Die BDC verlangt Schadensersatz in Höhe von insgesamt USD 298 Mio. zuzüglich Anwaltskosten, Auslagen und vorprozessuale Zinsen. Im Anschluss an die Anhörung zu bestimmten Haftungsfragen urteilte das Gericht im Dezember 2018, dass die Barclays Bank PLC keine Vertragsverletzung begangen habe. BDC hat Berufung gegen diese Entscheidung eingelegt.

2011 wurden die Barclays Bank PLC und BCI auch von der Anlageberaterin der BDC, BDCM Fund Adviser, L.L.C. und deren Mutterunternehmen, Black Diamond Capital Holdings, L.L.C. beim zuständigen Gericht von Connecticut (Connecticut State Court) auf Schadensersatz in unbestimmter Höhe verklagt, begründet mit dem angeblichen Verhalten der Barclays Bank PLC im Zusammenhang mit dem Vertrag; dabei wurden Ansprüche aufgrund der Verletzung von Vorschriften gegen unlautere Handelspraktiken gemäß dem Connecticut Unfair Trade Practices Act sowie Ansprüche aus unerlaubter Handlung im Zusammenhang mit dem Eingriff in Geschäftsbeziehungen und potenzielle Geschäftsbeziehungen geltend gemacht. Das Verfahren in Connecticut ist derzeit ausgesetzt.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten. Die BDC hat Ansprüche in Höhe von insgesamt USD 298 Mio. nebst Rechtsanwaltskosten und vorprozessuale Zinsen gegen Barclays geltend gemacht. Dieser Betrag entspricht nicht zwangsläufig dem potenziellen finanziellen Risiko, dem Barclays im Falle einer Entscheidung zu ihren Ungunsten ausgesetzt wäre.

Zivilklagen in Bezug auf den US Anti-Terrorism Act

Zivilklagen gegen die Barclays Bank PLC und andere Banken machen eine Beteiligung an einer Absprache und eine Verletzung des *US-Anti-Terrorism Act* ("**ATA**") geltend. Diese beinhalten verschiedene Zivilklagen, die vor US-Bundesgerichten im EDNY und SDNY von separaten Gruppen von Klägern (insgesamt über 4.000) anhängig gemacht wurden und behaupteten, die Barclays Bank PLC sowie weitere Banken hätten sich der Beteiligung an Absprachen schuldig gemacht und den ATA verletzt, indem sie der Regierung des Iran sowie einigen iranischen Banken bei der Durchführung von Geschäften in US-Dollar behilflich gewesen sein sollen, mit denen wiederum Terrorakte finanziert wurden, in denen Familienmitglieder der Kläger verletzt oder getötet wurden. Gemäß den Bestimmungen des ATA müssen, alle nachgewiesenen Schäden nebst Anwaltsgebühren dreifach entschädigt

werden, machen die Kläger Entschädigungsansprüche für physische Schmerzen, Leid und seelische Qualen geltend. Im Juli 2018 hat ein Magistratesrichter (an den das Gericht den Antrag weitergeleitet hat) hinsichtlich des Antrags der Beklagten auf Abweisung einer der Klagen empfohlen, dem Antrag nicht stattzugeben; die Beklagten legten gegen diese Empfehlung Widerspruch ein; der Antrag auf Widerspruch ist noch immer anhängig. In Bezug auf eine weitere Zivilklage wurde dem Antrag der Beklagten auf Abweisung im März 2019 stattgegeben, aber die Kläger haben sich entschlossen, eine geänderte Beschwerde einzureichen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

US-Zivilklagen in Bezug auf Zinsswaps und Credit-Default-Swaps

Die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI wurden, zusammen mit anderen Finanzinstituten, die Market Makers für Interest Rate Swaps (IRS) sind, als Beklagte in einer Reihe von kartellrechtlichen Sammelklagen benannt, die 2016 im SDNY zusammengelegt wurden. Mit den Klagen wird geltend gemacht, die Beklagten hätten Absprachen getroffen, um die Entwicklung des Austauschs von IRS zu verhindern, und es werden nicht spezifizierte Schadensersatzzahlungen, ein dreifacher Schadensersatz und Rechtsanwaltskosten gefordert. Zu den Klägern gehören eine Reihe von Swap Execution Facilities sowie institutionelle Anleger (buy-side investors). Die institutionellen Anleger (buy-side investors) machen geltend, eine Klägergruppe zu vertreten, die Transaktionen im Bereich der Fixed-For-Floating-IRS mit Beklagten in den USA seit 2008 vorgenommen hat, einschließlich beispielsweise US-Pensionskassen und Pensionsfonds, Gemeinden, Universitätsstiftungen, Unternehmen, Versicherungsgesellschaften und Investmentfonds.

2017 wurde vor dem US-Bezirksgericht im SDNY eine gesonderte Klage gegen dieselben Finanzinstitute, wie in den IRS-Fällen, einschließlich gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI eingereicht, in der geltend gemacht wird, dass ein bestimmtes Verhalten in den IRS-Fällen angeblich ebenfalls zu einem Verlust des Klägers in Bezug auf den Credit-Default-Swaps-Markt beigetragen habe. Die Beklagten haben Antrag auf Klageabweisung gestellt. Getrennt davon reichte die trueEX LLC im Juni 2018 eine kartellrechtliche Sammelklage gegen elf Finanzinstitute ein, die auf dem IRS-Markt als Händler tätig sind, einschließlich der Barclays Bank PLC und BCI, und behauptete, die Beklagten hätten sich unrechtmäßig abgesprochen, um trueEX LLC an einem erfolgreichen Markteintritt mit ihrer Handelsplattform zu hindern. Die trueEX LLC macht außerdem geltend, die Beklagten hätten grundsätzlich andere anonyme All-to-all-Plattformen für den IRS-Handel boykottiert. Im November 2018 wies das Gericht einige der Ansprüche wegen ungerechtfertigter Bereicherung und unerlaubter Handlung ab, lehnte allerdings gleichzeitig einen Antrag auf Abweisung der auf bundes- und einzelstaatlicher Ebene geltend gemachten kartellrechtlichen Ansprüche ab, die weiter anhängig sind.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sich diese gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Ermittlungen der Portugiesischen Wettbewerbsbehörde

Die Portugiesische Wettbewerbsbehörde untersucht, ob es durch den Austausch von Informationen über Kreditprodukte für Kleinanleger über einen Zeitraum von 11 Jahren, unter besonderer Bezugnahme auf Hypotheken, Verbraucherkredite sowie die Vergabe von Krediten an kleine und mittlere Unternehmen, zwischen 15 Banken in Portugal - darunter auch Barclays -, zu Verletzungen des Wettbewerbsrechts gekommen ist. Barclays kooperiert bei den Ermittlungen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen des beschriebenen

Vorgangs auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie er sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Ermittlungen hinsichtlich des Forderungseinzugs in Bezug auf unbesicherte Kreditgeschäfte

Im Februar 2018 nahm die FCA eine strafrechtliche Ermittlung hinsichtlich der Frage auf, ob Barclays wirksame Inkassosysteme- und -kontrollen für den Forderungseinzug eingeführt hat und ob sie ausstehende und rückständige Zinsen von Kunden gebührend berücksichtigt hat.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der Ermittlungen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

Britische Umsatzsteuerprüfungen durch das HM Revenue & Customs (HMRC)

2018 veröffentlichte die HMRC Mitteilungen, die zur Folge haben, dass bestimmte ausländische Tochtergesellschaften, die im Vereinigten Königreich tätig sind, aus der britischen umsatzsteuerlichen Organschaft von Barclays ausgenommen werden, in der Lieferungen zwischen Organmitgliedern grundsätzlich umsatzsteuerfrei sind.

Die Bekanntmachungen gelten rückwirkend und würden Schätzungen von ca. GBP 181 Mio. (einschließlich Zinsen) entsprechen, von denen Barclays einen Betrag von ca. GBP 128 Mio. der Barclays Bank UK PLC und GBP 53 Mio. der Barclays Bank PLC zuschreiben würde.

Barclays hat gegen die Entscheidung der HMRC beim First Tier Tribunal (Steuerkammer) Berufung eingelegt.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Der Gesamtbetrag der HMRC-Bewertungen beläuft sich auf ca. GBP 181 Mio., inklusive Zinsen.

Allgemeines

Die Barclays Bank PLC und ihre Tochtergesellschaften sind an verschiedenen anderen, im Vereinigten Königreich, in den USA und einigen anderen ausländischen Jurisdiktionen geführten Gerichts-, Wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren beteiligt. Die Barclays Bank Gruppe ist Gegenstand von durch Barclays oder gegen Barclays eingeleiteten Verfahren, die sich von Zeit zu Zeit aus dem gewöhnlichen Geschäftsbetrieb ergeben, (u. a.) beispielsweise bei Streitigkeiten im Zusammenhang mit Verträgen, Wertpapieren, der Eintreibung von Schulden, Verbraucherkrediten, Betrugsfällen, Treuhandverhältnissen, Kundenvermögen, Wettbewerbs-, Datenverwaltung und -Schutz-, Geldwäsche-, Finanzkriminalität-, Arbeits-, Umwelt- und sonstigen Gesetze und nach Common Law.

In Bezug auf die Barclays Bank Gruppe laufen außerdem Ermittlungs- und Untersuchungsverfahren, Auskunftersuche, Prüfungen, Gerichts- und sonstige Verfahren von Aufsichtsbehörden sowie staatlichen und sonstigen öffentlichen Stellen im Zusammenhang mit (u. a.) Verbraucherschutzmaßnahmen, der Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften, Großhandelsaktivitäten und anderen Bank- und Geschäftsaktivitäten, denen Barclays nachgeht oder nachgegangen ist. Barclays arbeitet mit den zuständigen Behörden zusammen und informiert alle maßgeblichen Stellen laufend in einem angemessenen Rahmen in Verbindung mit diesen Fragen und anderen in dieser Ziffer beschriebenen Angelegenheiten.

Derzeit geht die Barclays Bank PLC nicht davon aus, dass die endgültige Beilegung dieser anderen Verfahren sich wesentlich nachteilig auf ihre Finanzlage auswirken wird. In Anbetracht der im Zusammenhang mit diesen Verfahren sowie den speziell in diesem Abschnitt beschriebenen Verfahren bestehenden Ungewissheiten kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich der Ausgang eines bestimmten Verfahrens oder bestimmter Verfahren (einschließlich ehemals aktiver Verfahren oder Verfahren, die nach dem Datum dieses Dokuments entstehen) in einem bestimmten Zeitraum wesentlich auf die Ertragslage oder den Kapitalfluss der Barclays Bank

PLC auswirken wird, was u. a. von der Höhe des aus dem bzw. den Verfahren resultierenden Verlusts und der Höhe des anderweitig für den jeweiligen Berichtszeitraum ausgewiesenen Gewinns abhängt.

Directors

Im Folgenden werden alle Directors der Bank, jeweils mit Geschäftsanschrift in 1 Churchill Place, London E14 5HP, Vereinigtes Königreich, ihre jeweilige Position innerhalb der Bank sowie ggf. die wichtigsten von ihnen außerhalb der Bank ausgeübten Tätigkeiten, soweit diese für die Bank von Bedeutung sind, aufgeführt:

<i>Name</i>	<i>Funktion(en) innerhalb der Bank</i>	<i>Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Bank</i>
Nigel Higgins	Non-Executive Director und Interim Chairman ⁷	Barclays PLC (Chairman und Non-Executive Director); Sadler's Wells (Chairman); Tetra Laval Group (Non-Executive Director)
James Staley	Chief Executive Officer	Barclays PLC (Chief Executive Officer); Institute of International Finance, Inc. (Vorstandsmitglied); Bank Policy Institute (Vorstandsmitglied)
Steven Ewart	Chief Financial Officer	
Peter Bernard	Non-Executive Director	Barclays US LLC (Chairman und Non-Executive Director), Bowdoin College (Treuhänder); Windrose Advisors (Berater); Massachusetts Audubon Society (Director)
Helen Keelan	Non-Executive Director	Barclays Bank Ireland PLC (Chairman und Non-Executive Director), Barclays Capital Securities Ltd (Non-Executive Director); PM Group Ltd (Director);
Maria Ritcher	Non-Executive Director	Bessemer Trust (Director); Rexel Group (Director); Anglo Gold Ashanti (Director)
Jeremy Scott	Non-Executive Director	The Great Britain Sasakawa Foundation (Treuhänder)
Alex Thursby	Non-Executive Director	Rank Group PLC (Director); Janheg Investments PTE Ltd (Director); Janheg Caribbean Ltd (Director); Eden Rivers Trust (Treuhänder); Motive Labs Operations (Mitglied des Advisory Board); Giggleswick School (Mitglied des Board of Governors)
Hélène Vletter-van Dort	Non-Executive Director	Intertrust N.V (Vorsitzende des Supervisory Board); NN Group N.V (Director); School of Financial Law and Governance Rotterdam (Professor); Koninklijke Brill N.V Protective Foundation (Vorsitzende)

Potenzielle Interessenkonflikte

Die oben aufgeführten Directors der Bank haben im Hinblick auf ihre privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen keine potentiellen Interessenkonflikte in Bezug auf Verpflichtungen gegenüber der Bank.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2018 belief sich die Gesamtzahl der von der Gruppe beschäftigten Personen (Vollzeitäquivalent) auf ca. 83.500 (31. Dezember 2017: 79.900).

Abschlussprüfer

Der Abschluss und der Gruppenabschluss der Emittentin für die am 31. Dezember 2018 und 31. Dezember 2017 zu Ende gegangenen Geschäftsjahre wurden von PricewaterhouseCoopers, Southwark Towers, 32 London Bridge Street, London SE1 9SY, Vereinigtes Königreich, zugelassene Wirtschafts- und Abschlussprüfer (*chartered accounts and registered auditors*) (für das Ausführen des bestimmten

⁷ Nigel Higgins trat mit Wirkung zum 1. März 2019 als Non-Executive Director in den Vorstand der Bank ein und wurde mit Wirkung zum 1. März 2019 zum Interims- Chief Executive Officer der Bank (vorbehaltlich notwendiger Genehmigungen) ernannt.

Anlagegeschäfts von der Financial Conduct Authority im Vereinigten Königreich zugelassen und deren Aufsicht unterstehend) geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. PricewaterhouseCoopers im Vereinigten Königreich ist kein Mitglied einer Berufsvereinigung, jedoch registriert bei dem Institut der Wirtschaftsprüfer in England und Wales (*Institute of Chartered Accountants in England and Wales* (ICAEW)) und der Aufsichtsbehörde für Wirtschaftsprüfer (*Public Company Accounting Oversight Board* (PCAOB))."

XII. In dem RSSP Basisprospekt A wird in den Wertpapierbedingungen im Abschnitt A (Auszahlungsbedingungen) im Teil I und im Teil II in der Ziffer 1.1.1 (b) jeweils der letzte Absatz wie folgt ersetzt:

Der an jedem Zinszahlungstag zu zahlende Zinsbetrag hängt davon ab, dass keine Rückzahlung der Wertpapiere vor dem entsprechenden Zinsfestsetzungstag eintritt.

The Interest Amount payable on each Interest Payment Date shall be subject to the redemption of the Securities not occurring prior to the corresponding Interest Determination Date.

XIII. In dem RSSP Basisprospekt A wird in den Wertpapierbedingungen im Abschnitt A (Auszahlungsbedingungen) im Teil I und im Teil II in der Ziffer 1.1.4 (b), 1.1.5 (b), 1.1.6 (b), 1.1.7 (b), 1.1.8 (b), 1.1.9 (b), 1.1.10 (b) und 1.1.11 (b) jeweils der letzte Absatz wie folgt ersetzt:

Der an jedem Zinszahlungstag zu zahlende Zinsbetrag hängt davon ab, dass keine Rückzahlung der Wertpapiere vor dem entsprechenden Zinsbewertungstag eintritt.

The Interest Amount payable on each Interest Payment Date shall be subject to the redemption of the Securities not occurring prior to the corresponding Interest Valuation Date.

XIV. In den Basisprospekten wird in dem Muster der Endgültigen Bedingungen jeweils der zweite linksbündige Textabsatz beginnend mit "Um sämtliche Angaben über die Emittentin und das Wertpapierangebot zu erhalten" durch den folgenden Absatz ersetzt:

"Um sämtliche Angaben über die Emittentin und das Wertpapierangebot zu erhalten, ist der Basisprospekt in Zusammenhang mit den Endgültigen Bedingungen zu lesen. Den Endgültigen Bedingungen ist eine emissionspezifische Zusammenfassung der Wertpapieremission beigelegt. Der Basisprospekt und etwaige Nachträge sind auf <http://www.home.barclays/prospectuses-and-documentation/structured-securities/prospectuses> einsehbar und können außerdem zu den gewöhnlichen Geschäftszeiten am Sitz der Barclays Bank Ireland PLC und am genannten Sitz der Zahlstelle eingesehen werden; Kopien der Dokumente sind auch dort erhältlich."

XV. In dem RSSP Basisprospekt A wird in dem Muster der Endgültigen Bedingungen in Teil A als neue Ziffer "15 v." folgendes ergänzt:

- v. Administrator- /Benchmarkereignis: [Anwendbar][Entfällt]
- v. *Administrator/Benchmark Event*: [Applicable][Not Applicable]

XVI. In dem RSSP Basisprospekt A wird in dem Muster der Endgültigen Bedingungen in Teil A als neue Ziffer 41 folgendes ergänzt:

- 41. Manager: [●]
- Manager*: [●]

The following non-binding English language translation of parts of the foregoing German language content of the supplement dated 2 September 2019 to the RSSP Base Prospectus A dated 22 May 2019 and Base Prospectus Prosper A dated 5 June 2019 (the "**Base Prospectuses**") is not a supplement in accordance with Section 16(1) of the German Securities Prospectus Act (*Wertpapierprospektgesetz*) and was not approved by the German Federal Financial Supervisory Authority (*Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*).

*Die nachfolgende unverbindliche englischsprachige Übersetzung von Teilen des vorstehenden deutschsprachigen Inhalts des Nachtrags vom 2. September 2019 zum RSSP Basisprospekt A vom 22. Mai 2019 und Basisprospekt Prosper A vom 5. Juni 2019 (die "**Basisprospekte**") stellt keinen Nachtrag gemäß § 16 Abs. 1 Wertpapierprospektgesetz dar und wurde nicht von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligt.*



2 SEPTEMBER 2019

BARCLAYS BANK PLC

(Incorporated with limited liability in England and Wales)

SUPPLEMENT

PURSUANT TO § 16 PARA. 1 GERMAN SECURITIES PROSPECTUS ACT ("**WPPG**")

TO THE FOLLOWING BASE PROSPECTUSES

(THE "**BASE PROSPECTUSES**):

RSSP BASE PROSPECTUS A DATED 22 MAY 2019

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS A**")

RELATING TO

EQUITY LINKED SECURITIES (THE "**RSSP SECURITIES**")

(FIRST SUPPLEMENT)

BASE PROSPECTUS PROSPER A DATED 5 JUNE 2019

(THE "**BASE PROSPECTUS PROSPER A**")

RELATING TO

NOTIONAL PORTFOLIO LINKED SECURITIES

(THE "**PROSPER A SECURITIES**")

(FIRST SUPPLEMENT)

(THE RSSP SECURITIES AND THE PROSPER A SECURITIES, THE "**SECURITIES**")

TABLE OF CONTENTS

<u>Base Prospectus</u>	<u>Section of the Base Prospectus</u>	<u>Items of the Supplement</u>	<u>Page</u>
RSSP Base Prospectus A	RISK FACTORS	I.	7 ff.
Base Prospectus Prosper A	RISK FACTORS	II.	10 ff.
RSSP Base Prospectus A Base Prospectus Prosper A	INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE	III.	13
RSSP Base Prospectus A Base Prospectus Prosper A	GERNERAL INFORMATION	IV.	14
RSSP Base Prospectus A Base Prospectus Prosper A	INFORMATION RELATING TO THE ISSUER	X.	14 ff.

If, before this Supplement is published, investors have already agreed to purchase or subscribe for Securities issued under the Final Terms to the Base Prospectuses, such investors shall have the right to withdraw their declaration of purchase or subscription in accordance with Section 16(3) WpPG within a period of two working days from the date of publication of this Supplement, provided that the new factor, mistake or inaccuracy referred to in Section 16(1) WpPG arose before the final closing of the offer to the public and the delivery of the securities.

The Base Prospectuses were approved before 21 July 2019 and are governed by the WpPG in its version valid until 20 July 2019 pursuant to Section 28(1) WpPG (current version), to which reference is made in the preceding paragraph.

The withdrawal (for which no reasons need to be given) must be declared by written notice to that entity to which the relevant investor addressed the declaration of purchase or subscription. Timely dispatch of notice is sufficient to comply with the notice period.

During the validity of the Base Prospectuses and as long as any Securities issued in connection with the Base Prospectuses are listed on any stock exchange or offered to the public, copies of this Supplement and of the Base Prospectuses, as supplemented, will be available free of charge upon request from Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, United Kingdom, and on the website of the Issuer <https://www.home.barclays/prospectuses-and-documentation/structured-securities/prospectuses>.

The circumstances giving rise to this Supplement is:

The announcement of the unaudited interim results of Barclays Bank PLC as filed with the SEC on Form 6-K on 1 August 2019 (time of circumstance giving rise to this Supplement) in respect of the 6 months ended 30 June 2019.

The following sections of the Base Prospectuses are effected by the changes:

- I. In the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus A in the section "**RISK FACTORS**" in the subsection "**FACTORS THAT MAY AFFECT THE ISSUER'S ABILITY TO FULFIL ITS OBLIGATIONS UNDER THE SECURITIES**" the risk factor "**2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Group is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities**" is replaced as follows:

"2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Group is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities

2.1 The Bank and the Group are subject to substantial resolution powers

Under the Banking Act 2009, as amended (the "**Banking Act**") (which implemented in the UK the majority of the requirements of Directive 2014/59/EU of the European Parliament and of the Council establishing a framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms of 15 May 2014, as amended (the "**BRRD**"), substantial powers are granted to the Bank of England (or, in certain circumstances, HM Treasury, in consultation with the PRA, FCA and HM Treasury, as appropriate as part of a special resolution regime (the "**SRR**"). These powers enable the relevant UK resolution authority to implement various resolution measures and stabilisation options (including, but not limited to, the bail-in tool, described below) with respect to a UK bank or investment firm (currently including the Bank) and certain of its affiliates (each a "**relevant entity**") in circumstances in which the relevant UK resolution authority is satisfied that the resolution conditions are met. Such conditions include that a relevant entity is failing or is likely to fail to satisfy the FSMA threshold conditions for authorisation to carry on certain regulated activities (within the meaning of section 55B of the FSMA) or, in the case of a UK banking group company that is an EEA or third country institution or investment firm, that the relevant EEA or third country relevant authority is satisfied that the resolution conditions are met in respect of such entity.

The SRR consists of five stabilisation options: (a) private sector transfer of all or part of the business or shares of the relevant entity, (b) transfer of all or part of the business of the relevant entity to a "bridge institution" established by the Bank of England, (c) transfer to an asset management vehicle wholly or partly owned by HM Treasury or the BoE, (d) the bail-in tool (as described below) and (e) temporary public ownership (nationalisation).

The Banking Act also provides for additional insolvency and administration procedures for relevant entities and for certain ancillary powers, such as the power to modify contractual arrangements in certain circumstances (which could include a variation of the terms of the Securities), powers to impose temporary suspension of payments, powers to suspend enforcement or termination rights that might be invoked as a result of the exercise of the resolution powers and powers for the relevant UK resolution authority to disapply or modify laws in the UK (with possible retrospective effect) to enable the powers under the Banking Act to be used effectively.

Holders of the Securities should assume that, in a resolution situation, financial public support will only be available to a relevant entity as a last resort after the relevant UK resolution authorities have assessed and used, to the maximum extent practicable, the resolution tools, including the bail-in tool (as described below).

The exercise of any resolution power or any suggestion of any such exercise could materially adversely affect the value of any Securities and could lead to holders of the Securities losing some or all of the value of their investment in the Securities.

2.2 Resolution powers triggered prior to insolvency may not be anticipated and holders may have only limited rights to challenge them.

The resolution powers conferred by the SRR are intended to be used prior to the point at which any insolvency proceedings with respect to the relevant entity could have been initiated. The purpose of the resolution powers is to address the situation where all or part of a business of a relevant entity has encountered, or is likely to encounter, financial difficulties, giving rise to wider public interest concerns.

Although the Banking Act provides specific conditions to the exercise of any resolution powers and, furthermore, the European Banking Authority's (the "**EBA**") guidelines published in May 2015 set out the objective elements for the resolution authorities to apply in determining whether an institution is failing or likely to fail, it is uncertain how the relevant UK resolution authority would assess such conditions in any particular pre-insolvency scenario affecting the Bank and/or other members of the Group and in deciding whether to exercise a resolution power.

The relevant UK resolution authority is also not required to provide any advance notice to holders of the Securities of its decision to exercise any resolution power. Therefore, holders of the Securities may not be able to anticipate a potential exercise of any such powers nor the potential effect of any exercise of such powers on the Bank, the Group and the Securities.

Furthermore, Holders of the Securities may have only very limited rights to challenge and/or seek a suspension of any decision of the relevant UK resolution authority to exercise its resolution powers (*including the bail-in tool*) or to have that decision reviewed by a judicial or administrative process or otherwise.

2.3 The relevant UK resolution authority may exercise the bail-in tool in respect of the Bank and the Securities, which may result in holders of the Securities losing some or all of their investment.

Where the relevant statutory conditions for use of the bail-in tool have been met, the relevant UK resolution authority would be expected to exercise these powers without the consent of the holders of the Securities. Subject to certain exemptions set out in the Banking Act (including secured liabilities, bank deposits guaranteed under an EU member state's deposit guarantee scheme, liabilities arising by virtue of the holding of client money, liabilities to other non-group banks or investment firms that have an original maturity of fewer than seven days and certain other exceptions), it is intended that all liabilities of institutions and/or their EEA parent holding companies should be within scope of the bail-in tool. The Banking Act specifies the order in which the bail-in tool should be applied, reflecting the hierarchy of capital instruments under CRD IV and otherwise respecting the hierarchy of claims in an ordinary insolvency. On 19 December 2018, Her Majesty's Treasury published the Banks and Building Societies (Priorities on Insolvency) Order 2018 (the "**2018 Order**"), which implements Directive (EU) 2017/2399 of the European Parliament and of the Council of 12 December 2017 (the "**Amendment Directive**") amending the BRRD as regards the ranking of unsecured debt instruments in the insolvency hierarchy. The Amendment Directive introduced a new layer in insolvency for ordinary, long-term, unsecured debt-instruments issued by credit institutions and financial institutions within their consolidation perimeter that are established within the EU. The 2018 Order splits a financial institution's non-preferential debts into classes and provides that ordinary non-preferential debts will rank ahead of secondary non-preferential debts and tertiary non-preferential debts (all as defined in the 2018 Order).

The bail-in tool also contains an express safeguard (known as "**no creditor worse off**") with the aim that shareholders and creditors do not receive a less favourable treatment than they would have received in ordinary insolvency proceedings. However, even in circumstances where a claim for compensation is established under the "no creditor worse off" safeguard in accordance with a valuation performed after the resolution action has been taken, it is unlikely that such compensation would be equivalent to the full losses incurred by the holders of the Securities in the resolution and there can be no assurance that holders of the Securities would recover such compensation promptly.

The bail-in tool may be exercised in respect of the Securities irrespective of whether the Securities count towards the Group's Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities ("**MREL**"), which is being implemented in the EU and the UK, will apply to EU and UK financial institutions and cover capital and debt instruments that are capable of being written-down or converted to equity in order to prevent a financial institution from failing in a crisis.

The exercise of the bail-in tool in respect of the Bank and the Securities may result in the cancellation of all, or a portion, of the principal amount of, interest on, or any other amounts payable on, the Securities and/or the conversion of the Securities into shares or other Securities or other obligations of the Bank or another person, or any other modification or variation to the terms of the Securities. Any such exercise or any suggestion of any such exercise could materially adversely affect the rights of the holders of the Securities, the price or value of their investment in the Securities and/or the ability of the Bank to satisfy its obligations under the Securities and could lead to holders of the Securities losing some or all of the value of their investment in such Securities.

2.4 As insured deposits are excluded from the scope of the bail-in tool and other preferred deposits (and insured deposits) rank ahead of any Securities issued by the Bank, such Securities would be more likely to be bailed-in than certain other unsubordinated liabilities of the Bank (such as other preferred deposits).

As part of the reforms required by the BRRD, amendments have been made to relevant legislation in the UK (including the UK Insolvency Act 1986) to establish in the insolvency hierarchy a statutory preference (i) firstly, for deposits that are insured under the UK Financial Services Compensation Scheme ("**insured deposits**") to rank with existing preferred claims as 'ordinary' preferred claims and (ii) secondly, for all other deposits of individuals and micro, small and medium sized enterprises held in EEA or non-EEA branches of an EEA bank ("**other preferred deposits**"), to rank as 'secondary' preferred claims only after the 'ordinary' preferred claims. In addition, the UK implementation of the EU Deposit Guarantee Scheme Directive increased, from July 2015, the nature and quantum of insured deposits to cover a wide range of deposits, including corporate deposits (unless the depositor is a public sector body or financial institution) and some temporary high value deposits. The effect of these changes is to increase the size of the class of preferred creditors. All such preferred deposits will rank in the insolvency hierarchy ahead of all other unsecured senior creditors of the Bank, including the holders of the Securities. Furthermore, insured deposits are excluded from the scope of the bail-in tool. As a result, if the bail-in tool were exercised by the relevant UK resolution authority, the Securities would be more likely to be bailed-in than certain other unsubordinated liabilities of the Bank such as other preferred deposits.

2.5 Under the terms of the Swiss Securities, the Holders of the Securities have agreed to be bound by the exercise of any bail-in power by the relevant UK resolution authority.

Notwithstanding any other agreements, arrangements, or understandings between the Bank and any holder of the Swiss Securities, by acquiring the Swiss Securities, each holder of the Swiss Securities acknowledges, accepts, agrees to be bound by, and consents to the exercise of, any UK Bail-in power by the relevant UK resolution authority that may result in (i) the reduction or cancellation of all, or a portion, of the principal amount of, or interest on, the Swiss Securities; (ii) the conversion of all, or a portion, of the principal amount of, or interest on, the Swiss Securities into shares or other Swiss Securities or other obligations of the Bank or another person (and the issue to, or conferral on, the holder of the Swiss Securities such shares, securities or obligations); and/or (iii) the amendment or alteration of the maturity of the Swiss Securities, or amendment of the amount of interest due on the Swiss Securities, or the dates on which interest becomes payable, including by suspending payment for a temporary period; which bail-in power may be exercised by means of a variation of the terms of the Swiss Securities solely to give effect to the exercise by the relevant UK resolution authority of such bail-in power. Each holder of the Swiss Securities further acknowledges and agrees that the rights of the holders of the Swiss Securities are subject to, and will be varied, if necessary, solely to give effect to, the exercise of any bail-in power by the relevant UK resolution authority.

Accordingly, any bail-in power may be exercised in such a manner as to result in holders of the Swiss Securities losing all or a part of the value of their investment in the Swiss Securities or receiving a different security from the Swiss Securities, which may be worth significantly less than the Swiss Securities and which may have significantly fewer protections than those typically afforded to debt securities. Moreover, the relevant UK resolution authority may exercise the bail-in power without providing any advance notice to, or requiring the consent of, the holders of the Swiss Securities.

In addition, under the terms of the Swiss Securities, the exercise of the bail-in power by the relevant UK resolution authority with respect to the Swiss Securities is not an Event of Default (as defined in the terms and conditions of the Securities). For more information, see terms and conditions of the Securities."

- II. In the non-binding English language translation of the Base Prospectus Prosper A in the section "**RISK FACTORS**" in the subsection "**FACTORS THAT MAY AFFECT THE ISSUER'S ABILITY TO FULFIL ITS OBLIGATIONS UNDER THE SECURITIES**" the risk factor "**2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Group (such as the Issuer) is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities**" is replaced as follows:

"2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Group is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities

2.1 The Bank and the Group are subject to substantial powers

On 23 November 2016, the European Commission published, among other proposals, proposals to amend the BRRD. Adoption of the proposals and publication in the Official Journal is anticipated by mid-2019 but there are still a number of outstanding issues and the technical and legal translation revision process still has to take place on all the issues agreed. Therefore, it is unclear what the effect of such proposals may be on the Group, the Bank or the Securities.

Under the Banking Act 2009, as amended (the "Banking Act") (which implemented in the UK the majority of the requirements of Directive 2014/59/EU of the European Parliament and of the Council establishing a framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms of 15 May 2014, as amended (the "BRRD")) substantial powers are granted to the Bank of England (or, in certain circumstances, HM Treasury, in consultation with the PRA, FCA and HM Treasury, as appropriate as part of a special resolution regime (the "SRR"). These powers enable the relevant UK resolution authority to implement various resolution measures and stabilisation options (including, but not limited to, the bail-in tool, described below) with respect to a UK bank or investment firm (currently including the Bank) and certain of its affiliates (each a "relevant entity") in circumstances in which the relevant UK resolution authority is satisfied that the resolution conditions are met. Such conditions include that a UK bank or investment firm is failing or is likely to fail to satisfy the FSMA threshold conditions for authorisation to carry on certain regulated activities (within the meaning of section 55B of the FSMA) or, in the case of a UK banking group company that is an EEA or third country institution or investment firm, that the relevant EEA or third country relevant authority is satisfied that the resolution conditions are met in respect of such entity.

The SRR consists of five stabilisation options: (a) private sector transfer of all or part of the business or shares of the relevant entity, (b) transfer of all or part of the business of the relevant entity to a "bridge institution" established by the Bank of England, (c) transfer to an asset management vehicle wholly or partly owned by HM Treasury or the Bank of England, (d) the bail-in tool (as described below) and (e) temporary public ownership (nationalisation).

The Banking Act also provides for additional insolvency and administration procedures for relevant entities and for certain ancillary powers, such as the power to modify contractual arrangements in certain circumstances (which could include a variation of the terms of the Securities), powers to impose temporary suspension of payments, powers to suspend enforcement or termination rights that might be invoked as a result of the exercise of the resolution powers and powers for the relevant UK resolution authority to disapply or modify laws in the UK (with possible retrospective effect) to enable the powers under the Banking Act to be used effectively.

Holders of the Securities should assume that, in a resolution situation, financial public support will only be available to a relevant entity as a last resort after the relevant UK resolution authorities have assessed and used, to the maximum extent practicable, the resolution tools, including the bail-in tool (as described below).

The exercise of any resolution power or any suggestion of any such exercise could materially adversely affect the value of any Securities and could lead to holders of the Securities losing some or all of the value of their investment in the Securities.

2.2 Resolution powers triggered prior to insolvency may not be anticipated and holders may have only limited rights to challenge them.

The resolution powers conferred by the SRRR are intended to be used prior to the point at which any insolvency proceedings with respect to the relevant entity could have been initiated. The purpose of the resolution powers is to address the situation where all or part of a business of a relevant entity has encountered, or is likely to encounter, financial difficulties, giving rise to wider public interest concerns.

Although the Banking Act provides specific conditions to the exercise of any resolution powers and, furthermore, the European Banking Authority's guidelines published in May 2015 set out the objective elements for the resolution authorities to apply in determining whether an institution is failing or likely to fail, it is uncertain how the relevant UK resolution authority would assess such conditions in any particular pre-insolvency scenario affecting the Bank and/or other members of the Group and in deciding whether to exercise a resolution power.

The relevant UK resolution authority is also not required to provide any advance notice to holders of the Securities of its decision to exercise any resolution power. Therefore, holders of the Securities may not be able to anticipate a potential exercise of any such powers nor the potential effect of any exercise of such powers on the Bank, the Group and the Securities.

Furthermore, holders of the Securities may have only very limited rights to challenge and/or seek a suspension of any decision of the relevant UK resolution authority to exercise its resolution powers (*including the UK bail-in tool*) or to have that decision reviewed by a judicial or administrative process or otherwise.

2.4 The relevant UK resolution authority may exercise the bail-in tool in respect of the Bank and the Securities, which may result in holders of the Securities losing some or all of their investment

Where the relevant statutory conditions for use of the bail-in tool have been met, the relevant UK resolution authority would be expected to exercise these powers without the consent of the holders of the Securities. Subject to certain exemptions set out in the Banking Act (including secured liabilities, bank deposits guaranteed under an EU member state's deposit guarantee scheme, liabilities arising by virtue of the holding of client money, liabilities to other non-group banks or investment firms that have an original maturity of fewer than seven days and certain other exceptions), it is intended that all liabilities of institutions and/or their EEA parent holding companies should be within scope of the bail-in tool. The Banking Act specifies the order in which the bail-in tool should be applied, reflecting the hierarchy of capital instruments under CRD IV and otherwise respecting the hierarchy of claims in an ordinary insolvency. On 19 December 2018, Her Majesty's Treasury published the Banks and Building Societies (Priorities on Insolvency) Order 2018 (the "**2018 Order**") which implements Directive (EU) 2017/2399 of the European Parliament and of the Council of 12 December 2017 (the "**Amendment Directive**") amending the BRRD as regards the ranking of unsecured debt instruments in the insolvency. The Amendment Directive introduced a new layer in insolvency for ordinary, long-term, unsecured debt-instruments issued by credit institutions and financial institutions within their consolidation perimeter that are established within the EU. The 2018 Order splits a financial institution's non-preferential debts into classes and provides that ordinary non-preferential debts will rank ahead of secondary non-preferential debts and tertiary non-preferential debts (all as defined in the 2018 Order).

The bail-in tool also contains an express safeguard (known as "no creditor worse off") with the aim that shareholders and creditors do not receive a less favourable treatment than they would have received in ordinary insolvency proceedings. However, even in circumstances where a claim for compensation is established under the "no creditor worse off" safeguard in accordance with a valuation performed after the resolution action has been taken, it is unlikely that such compensation would be equivalent to the full losses incurred by the holders of the Securities in the resolution and there can be no assurance that holders of the Securities would recover such compensation promptly.

The bail-in tool may be exercised in respect of the Securities irrespective of whether the Securities count towards the Group's Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities ("**MREL**"), which is being implemented in the EU and the UK, will apply to EU and UK financial institutions and cover capital and debt instruments that are capable of being written-down or converted to equity in order to prevent a financial institution from failing in a crisis.

The exercise of the bail-in tool in respect of the Bank and the Securities may result in the cancellation of all, or a portion, of the principal amount of, interest on, or any other amounts payable on, the Securities and/or the conversion of the Securities into shares or other Securities or other obligations of the Bank or another person, or any other modification or variation to the terms of the Securities. If such liabilities are under-collateralised, the unsecured portion of such liability may be subject to bail-in, i.e., in relation to the unsecured part. Any such exercise or any suggestion of any such exercise could materially adversely affect the rights of the holders of the Securities, the price or value of their investment in the Securities and/or the ability of the Bank to satisfy its obligations under the Securities and could lead to holders of the Securities losing some or all of the value of their investment in such Securities.

2.5 As insured deposits are excluded from the scope of the bail-in tool and other preferred deposits (and insured deposits) rank ahead of any Securities issued by the Bank, such Securities would be more likely to be bailed-in than certain other unsubordinated liabilities of the Bank (such as other preferred deposits).

As part of the reforms required by the BRRD, amendments have been made to relevant legislation in the UK (including the UK Insolvency Act 1986) to establish in the insolvency hierarchy a statutory preference (i) firstly, for deposits that are insured under the UK Financial Services Compensation Scheme ("**insured deposits**") to rank with existing preferred claims as 'ordinary' preferred claims and (ii) secondly, for all other deposits of individuals and micro, small and medium sized enterprises held in EEA or non-EEA branches of an EEA bank ("**other preferred deposits**"), to rank as 'secondary' preferred claims only after the 'ordinary' preferred claims. In addition, the UK implementation of the EU Deposit Guarantee Scheme Directive increased, from July 2015, the nature and quantum of insured deposits to cover a wide range of deposits, including corporate deposits (unless the depositor is a public sector body or financial institution) and some temporary high value deposits. The effect of these changes is to increase the size of the class of preferred creditors. All such preferred deposits will rank in the insolvency hierarchy ahead of all other unsecured senior creditors of the Bank, including the holders of the Securities. Furthermore, insured deposits are excluded from the scope of the bail-in tool. As a result, if the bail-in tool were exercised by the relevant UK resolution authority, the Securities would be more likely to be bailed-in (in either case, to the extent the Securities fall within the scope of the Bail-In Tool) than certain other unsubordinated liabilities of the Bank such as other preferred deposits."

- III. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses the first subsection of the section "**INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE**" is replaced by the following points:

"INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE

The following information has been filed with the Financial Conduct Authority ("**FCA**") and shall be deemed to be incorporated in, and to form part of, this Base Prospectus:

- the Annual Report of the Bank, as filed with the US Securities and Exchange Commission ("**SEC**") on Form 20-F on 21 February 2019 in respect of the years ended 31 December 2017 and 31 December 2018 (the "**20-F**"), excluding the section entitled "Exhibit Index" on page 282 of the 20-F which is not incorporated and does not form part of this Prospectus;
- the Annual Reports of the Bank containing the audited consolidated financial statements of the Bank in respect of the years ended 31 December 2017 (the "**2017 Bank Annual Report**") and 31 December 2018 (the "**2018 Bank Annual Report**"), respectively; and
- the unaudited interim results announcement of the Bank as filed with the SEC on Form 6-K on 1 August 2019 in respect of the 6 months ended 30 June 2019 (the "**2019 Interim Results Announcement**").

The above information is incorporated in this Base Prospectus in the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**".

- IV. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the section "**GENERAL INFORMATION**" the subsections "**Significant Change Statement**", "**Material Adverse Change Statement**" and "**Legal Proceedings**" will be replaced by the following:

"Significant Change Statement

There has been no significant change in the financial or trading position of the Bank or the Bank Group since 30 June 2019.

Material Adverse Change Statement

There has been no material adverse change in the prospects of the Bank or the Bank Group since 31 December 2018.

Legal Proceedings

Save as disclosed under "The Bank, the Bank Group and the Group — Legal Proceedings" (other than under the heading 'General'), there are no governmental, legal or arbitration proceedings (including any such proceedings which are pending or threatened of which the Bank is aware), which may have or have had during the 12 months preceding the date of this Prospectus, a significant effect on the financial position or profitability of the Bank and/or the Bank Group."

- V. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**" the subsection "**The Bank, the Bank Group and the Group**" will be replaced by the following:

"The Bank, the Bank Group and the Group

In this section the information incorporated by reference relating to the Issuer and/or the Group which are provided in the 20-F, the 2017 Issuer Annual Report and the 2018 Issuer Annual Report are incorporated.

The Bank (together with its subsidiary undertakings (the "**Bank Group**")) is a public limited company registered in England and Wales under number 1026167. The liability of the members of the Bank is limited. It has its registered and head office at 1 Churchill Place, London, E14 5HP, United Kingdom (telephone number +44 (0)20 7116 1000). The Bank was incorporated on 7 August 1925 under the Colonial Bank Act 1925 and on 4 October 1971 was registered as a company limited by shares under the Companies Acts 1948 to 1967. Pursuant to The Barclays Bank Act 1984, on 1 January 1985, the Bank was re-registered as a public limited company and its name was changed from 'Barclays Bank International Limited' to 'Barclays Bank PLC'. The whole of the issued ordinary share capital of the Bank is beneficially owned by Barclays PLC. Barclays PLC (together with its subsidiary undertakings (the "**Group**")) is the ultimate holding company of the Group.

The Group is a transatlantic consumer and wholesale bank with global reach offering products and services across personal, corporate and investment banking, credit cards and wealth management anchored in the Group's two home markets of the UK and the US. The Group is organised into two clearly defined business divisions – Barclays UK division and Barclays International division. These are primarily housed in two banking subsidiaries – Barclays UK sits within Barclays Bank UK PLC and Barclays International sits within the Bank – which operate alongside Barclays Services Limited but, in accordance with the requirements of ring-fencing legislation, independently from one another. Barclays Services Limited drives efficiencies in delivering operational and technology services across the Group.

The Bank and the Bank Group offer products and services designed for the Group's larger corporate, wholesale and international banking clients.

The following financial information is extracted from the audited consolidated financial statements of the Issuer for the year ended 31 December 2018 and 31 December 2017, respectively:

	As at 31.12.2018	As at 31.12.2017
	£m	£m

Total Assets	877,700	1,129,343
Loans and advances at amortised cost	139,959	324,590
Deposits at amortised cost	199,337	399,189
Total equity	47,711	65,734
Non-controlling interests	2	1
Profit before tax from continuing operations	1,286	1,758
Credit impairment charges and other provisions	(643)	(1,553)

The following financial information is extracted from the unaudited interim financial statements of the Issuer for the half years ended 30 June 2019 and 30 June 2018, respectively:

	As at 30.06.2019	As at 30.06.2018
	£m (unaudited)	£m (unaudited)
Total Assets	969,266	903,345
Total net loans and advances ¹	144,664	226,369
Total deposits ²	215,125	279,438
Total equity	52,610	48,192
Non-controlling interests	0	2
Profit before tax	1,725	725
Credit impairment charges and other provisions	510	(156)

Acquisitions, Disposals and Recent Developments

Nothing relevant at this stage.

Legal Proceedings

Barclays Bank PLC and the Bank Group face legal, competition and regulatory challenges, many of which are beyond the Bank Group's control. The extent of the impact on Barclays of these matters cannot always be predicted but may materially impact the Bank Group's operations, financial results, condition and prospects. Matters arising from a set of similar circumstances can give rise to either a contingent liability or a provision, or both, depending on the relevant facts and circumstances.

¹ These figures are unaudited: The total net loans and advances equal the sum of the following unaudited balance sheet figures "loans and advances to banks" and "loans and advances to customers", which are published in the 2019 Interim Results Announcement. As a result of a voluntary change in presentation following the adoption of IFRS 9, "loans and advances to banks" and "loans and advances to customers" have been disaggregated and are now reported in "loans and advances at amortised cost" and "cash collateral and settlement balances".

² These figures are unaudited: The total deposits equal the sum of the following unaudited balance sheet figures "deposits from banks" and "customer accounts", which are published in the 2019 Interim Results Announcement. As a result of a voluntary change in presentation following the adoption of IFRS 9, "deposits from banks" and "customer accounts" have been disaggregated and are now reported in "deposits at amortised cost" and "cash collateral and settlement balances".

Investigations into certain advisory services agreements and other matters and civil action

The UK Serious Fraud Office ("**SFO**"), the Financial Conduct Authority ("**FCA**"), the US Department of Justice ("**DoJ**") and the US Securities and Exchange Commission ("**SEC**") have been conducting investigations into two advisory services agreements entered into by Barclays Bank PLC. These agreements were entered into with Qatar Holding LLC in June and October 2008 (the "Agreements"). The FCA commenced an investigation into whether the Agreements may have related to Barclays PLC's capital raisings in June and November 2008 (the "Capital Raisings"). The existence of the June 2008 advisory services agreement was disclosed, but the entry into the advisory services agreement in October 2008 and the fees payable under the Agreements, which amounted to a total of £322m payable over a period of five years, were not disclosed in the announcements or public documents relating to the Capital Raisings. The SFO also commenced an investigation into the Agreements and into a \$3bn loan (the "Loan") provided by Barclays Bank PLC in November 2008 to the State of Qatar.

In May 2018, the Crown Court dismissed all charges against Barclays PLC and Barclays Bank PLC brought by the SFO, and in October 2018, the High Court denied the SFO's application to reinstate the charges, which were consequently dismissed.

FCA Proceedings and other investigations

In 2013, the FCA issued warning notices (the Notices) finding that, while Barclays PLC and Barclays Bank PLC believed at the time of the execution of the Agreements that there should be at least some unspecified and undetermined value to be derived from them, the primary purpose of the Agreements was not to obtain advisory services but to make additional payments, which would not be disclosed, for the Qatari participation in the Capital Raisings. The Notices concluded that Barclays PLC and Barclays Bank PLC were in breach of certain disclosure-related listing rules and Barclays PLC was also in breach of Listing Principle 3 (the requirement to act with integrity towards holders and potential holders of the Company's shares). In this regard, the FCA considers that Barclays PLC and Barclays Bank PLC acted recklessly. The financial penalty provided in the Notices against Barclays is £50m. Barclays PLC and Barclays Bank PLC continue to contest the findings. The FCA action has been stayed due to the SFO proceedings pending against certain former Barclays executives.

In addition, the DoJ and the SEC have been conducting investigations relating to the Agreements.

Civil Action

In 2016, PCP Capital Partners LLP and PCP International Finance Limited (PCP) served a claim on Barclays Bank PLC seeking damages for fraudulent misrepresentation and deceit, arising from alleged statements made by Barclays Bank PLC to PCP in relation to the terms on which securities were to be issued to potential investors, allegedly including PCP, in the November 2008 capital raising. PCP seeks damages of approximately £1.6bn (plus interest from November 2017) and costs. Barclays Bank PLC is defending the claim and trial is scheduled to commence in June 2020.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period. The financial penalty provided in the FCA's Notices and the amount of PCP's claim do not necessarily reflect Barclays' potential financial exposure in respect of these matters.

Investigations into certain business relationships

In 2012, the DoJ and SEC commenced investigations in relation to whether certain relationships with third parties who assist Barclays PLC to win or retain business are compliant with the US Foreign Corrupt Practices Act. Various regulators in other jurisdictions are also being briefed on the investigations. Separately Barclays has been cooperating with the DoJ and SEC in relation to an investigation into certain of its hiring practices in Asia and elsewhere and is keeping certain regulators in other jurisdictions informed. Barclays is in advanced discussions to resolve this matter.

Claimed amounts/Financial impact

Barclays does not expect the financial impact of the matters described above to be material to the Group's operating results,

cash flows or financial position.

Investigations into LIBOR and other benchmarks

Regulators and law enforcement agencies, including certain competition authorities, from a number of governments have been conducting investigations relating to Barclays Bank PLC's involvement in manipulating certain financial benchmarks, such as LIBOR and EURIBOR. Barclays PLC, Barclays Bank PLC and Barclays Capital Inc. (BCI) have reached settlements with a number of regulators and law enforcement agencies. Barclays Bank PLC continues to respond to requests for information from the SFO in relation to its ongoing LIBOR investigation, including in respect of Barclays Bank PLC.

Claimed amounts/Financial impact

Aside from the settlements described above, it is not currently practicable to provide an estimate of any further financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

LIBOR and other benchmark civil actions

Various individuals and corporates in a range of jurisdictions have threatened or brought civil actions against Barclays and other banks in relation to LIBOR and/or other benchmarks. While certain cases have been dismissed, settled or settled subject to final approval from the relevant court (and in the case of class actions, the right of class members to opt out of the settlement and to seek to file their own claims), other actions remain pending and their ultimate impact is unclear.

USD LIBOR Cases in the Multidistrict Litigation Court

The majority of the USD LIBOR cases, which have been filed in various US jurisdictions, have been consolidated for pre-trial purposes before a single judge in the US District Court in the Southern District of New York (SDNY).

The complaints are substantially similar and allege, amongst other things, that Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI and other financial institutions individually and collectively violated provisions of the US Sherman Antitrust Act (Antitrust Act), the US Commodity Exchange Act (CEA), the US Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO), the Securities Exchange Act of 1934 and various state laws by manipulating USD LIBOR rates.

Certain of the proposed class actions have been settled. Barclays has settled claims purportedly brought on behalf of plaintiffs that (i) engaged in USD LIBOR-linked over-the-counter transactions (OTC Class); (ii) purchased USD LIBOR-linked financial instruments on an exchange; (iii) purchased USD LIBOR-linked debt securities; or (iv) issued loans linked to USD LIBOR (Lender Class) and paid \$120m, \$20m, \$7.1m and \$4m respectively. The settlements with the OTC Class and the Lender Class have received final court approval. The other settlements remain subject to final court approval and/or the right of class members to opt out of the settlement and to seek to file their own claims.

The remaining putative class actions and individual actions seek unspecified damages with the exception of five lawsuits, in which the plaintiffs are seeking a combined total in excess of \$1.25bn in actual damages against all defendants, including Barclays Bank PLC, plus punitive damages. Some of the lawsuits also seek trebling of damages under the Antitrust Act and RICO.

Additional USD LIBOR Cases in the SDNY

In 2015, an individual action against Barclays Bank PLC and other panel bank defendants was dismissed by the SDNY. The plaintiff alleged that the panel bank defendants conspired to increase USD LIBOR, which caused the value of bonds pledged as collateral for a loan to decrease, ultimately resulting in the sale of the bonds at a low point in the market. In March

2018, the court denied the plaintiff's motion for leave to amend its complaint and dismissed the case. The plaintiff's appeal of the court's order has been dismissed.

Beginning in January 2019, several putative class actions were filed in the SDNY against Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, other financial institution defendants and Intercontinental Exchange Inc. and certain of its affiliates (ICE), asserting antitrust and unjust enrichment claims on allegations that, beginning in 2014, defendants manipulated USD LIBOR through defendants' submissions to ICE, which took over rate-setting duties for LIBOR from the British Bankers' Association in 2014. These actions have been consolidated.

Sterling LIBOR Case in SDNY

In 2015, a putative class action was filed in the SDNY against Barclays Bank PLC and other Sterling LIBOR panel banks by a plaintiff involved in exchange-traded and over-the-counter derivatives that were linked to Sterling LIBOR. The complaint alleges, among other things, that the defendants manipulated the Sterling LIBOR rate between 2005 and 2010 and, in so doing, committed CEA, Antitrust Act, and RICO violations. In 2016, this class action was consolidated with an additional putative class action making similar allegations against Barclays Bank PLC and BCI and other Sterling LIBOR panel banks. The defendants' motion to dismiss was granted in December 2018. The plaintiff has asked the court to reconsider this decision.

Japanese Yen LIBOR Cases in SDNY

In 2012, a putative class action was filed in the SDNY against Barclays Bank PLC and other Japanese Yen LIBOR panel banks by a plaintiff involved in exchange-traded derivatives. The complaint also names members of the Japanese Bankers Association's Euroyen Tokyo Interbank Offered Rate (Euroyen TIBOR) panel, of which Barclays Bank PLC is not a member. The complaint alleges, amongst other things, manipulation of the Euroyen TIBOR and Yen LIBOR rates and breaches of the CEA and Antitrust Act between 2006 and 2010. In 2014, the court dismissed the plaintiff's antitrust claims in full, but the plaintiff's CEA claims remain pending. Discovery is ongoing.

In 2017, a second putative class action concerning Yen LIBOR which was filed in the SDNY against Barclays PLC, Barclays Bank PLC and BCI was dismissed in full. The complaint makes similar allegations to the 2012 class action. The plaintiffs have appealed the dismissal.

SIBOR/SOR Case in the SDNY

In 2016, a putative class action was filed in the SDNY against Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI and other defendants, alleging manipulation of the Singapore Interbank Offered Rate (SIBOR) and Singapore Swap Offer Rate (SOR). The plaintiffs amended their complaint in 2017 following dismissal by the court of the claims against Barclays for failure to state a claim. In October 2018, the court dismissed all claims against Barclays PLC, Barclays Bank PLC and BCI, a decision that the plaintiffs are challenging.

Non-US Benchmarks Cases

In the UK, certain local authorities have brought claims against Barclays asserting that they entered into loans in reliance on misrepresentations made by Barclays in respect of its conduct in relation to LIBOR.

In addition to the US and UK actions described above, legal proceedings have been brought or threatened against Barclays in connection with alleged manipulation of LIBOR and EURIBOR and other benchmarks in the UK, a number of other jurisdictions in Europe, Israel and Argentina. Additional proceedings in other jurisdictions may be brought in the future.

Claimed amounts/Financial impact

Aside from the settlements described above, it is not currently practicable to provide an estimate of any further financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Foreign Exchange Investigations

Various regulatory and enforcement authorities across multiple jurisdictions have been investigating a range of issues associated with Foreign Exchange sales and trading, including electronic trading.

In 2015 Barclays reached settlements with the CFTC, the DoJ, the NYDFS, the Board of Governors of the Federal Reserve System (Federal Reserve) and the FCA (together, the 2015 Resolving Authorities) in relation to investigations into certain sales and trading practices in the Foreign Exchange market. In connection with these settlements, Barclays paid total penalties of approximately \$2.38bn and agreed to undertake certain remedial actions.

Under the plea agreement with the DoJ, which was approved by the U.S. District Court for the District of Connecticut in January 2017, Barclays PLC agreed to a term of probation of three years. Barclays also continues to provide relevant information to certain of the 2015 Resolving Authorities.

The European Commission is one of a number of authorities still conducting an investigation into certain trading practices in Foreign Exchange

markets. In May 2019, the European Commission announced two settlements and Barclays has paid total penalties of approximately €210m. In June 2019, the Swiss Competition Commission announced two settlements, which require Barclays to pay total penalties of approximately CHF 27m. *Claimed amounts/Financial impact*

Aside from the settlements described above, Barclays does not expect the financial impact of the matters described above to be material to the Group's operating results, cash flows or financial position.

Civil actions in respect of Foreign Exchange

Following settlement of certain investigations referred to above in 'Foreign Exchange Investigations' a number of individuals and corporates in a range of jurisdictions have threatened or brought civil actions against Barclays and other banks in relation to Foreign Exchange or may do so in the future. Certain of these cases have been dismissed, settled or settled subject to final approval from the relevant court (and in the case of class actions, the right of class members to opt out of the settlement and to seek to file their own claims).

FX Opt Out Action

In 2014, a number of civil actions filed in the SDNY alleging manipulation of Foreign Exchange markets were combined into a single consolidated action (Consolidated FX Action). In 2015, Barclays Bank PLC and BCI settled the Consolidated FX Action and paid \$384m. The settlement received final court approval in August 2018.

In November 2018, a group of sixteen plaintiffs (and several of their affiliates) who opted out of the Consolidated FX Action settlement filed a complaint in the SDNY against the Consolidated FX Action defendants, including Barclays Bank PLC and BCI.

Retail Basis Action

A putative action was filed in the Northern District of California (and subsequently transferred to the SDNY) against several international banks, including Barclays PLC and BCI, on behalf of a putative class of individuals that exchanged currencies on a retail basis at bank branches (Retail Basis Claims). The Court has ruled that the Retail Basis Claims are not covered by the settlement agreement in the Consolidated FX Action. The Court subsequently dismissed all Retail Basis Claims against Barclays and all other defendants. The plaintiffs amended their complaint and sought to expand the action to include credit card, debit card and wire transactions, which expansion the Court denied.

State Law FX Action

In 2016, a putative class action was filed in the SDNY under federal, New York and California law on behalf of proposed classes of stockholders of Exchange Traded Funds and others who supposedly were indirect investors in FX Instruments. The plaintiffs' counsel subsequently amended the complaint to bring claims on behalf of a proposed class of investors under federal and various state laws who traded FX Instruments through FX dealers or brokers not al-

leged to have manipulated Foreign Exchange Rates. A different group of plaintiffs subsequently filed another action and asserted substantively similar claims. These two actions were consolidated and a consolidated complaint was filed in 2017. The consolidated action was dismissed, but the plaintiffs have filed an amended complaint, except as to their federal claims.

Non-US FX Actions

In addition to the actions described above, legal proceedings have been brought or are threatened against Barclays in connection with manipulation of Foreign Exchange in the UK, a number of other jurisdictions in Europe, Israel and Australia and additional proceedings may be brought in the future.

Claimed amounts/Financial impact

Aside from the settlement described above, it is not currently practicable to provide an estimate of any further financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Metals investigations

Barclays Bank PLC has provided information to the DoJ, the CFTC and other authorities in connection with investigations into metals and metals-based financial instruments.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Civil actions in respect of the gold and silver fix

A number of civil complaints, each on behalf of a proposed class of plaintiffs, have been consolidated and transferred to the SDNY. The complaints allege that Barclays Bank PLC and other members of The London Gold Market Fixing Ltd. manipulated the prices of gold and gold derivative contracts in violation of the CEA, the Antitrust Act, and state antitrust and consumer protection laws.

Also, in the US, a proposed class of plaintiffs filed a complaint against a number of banks, including Barclays Bank PLC, BCI and Barclays Capital Services Ltd., alleging manipulation of the price of silver in violation of the CEA and antitrust laws. The court has dismissed this action as against the Barclays entities.

Civil actions have also been filed in Canadian courts against Barclays PLC, Barclays Bank PLC, Barclays Capital Canada Inc., and BCI on behalf of proposed classes of plaintiffs alleging manipulation of gold and silver prices in violation of Canadian law.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

US residential mortgage-related litigation

There are various pending civil actions relating to US Residential Mortgage-Backed Securities (RMBS).

Barclays was the sole provider of various loan-level representations and warranties (R&Ws) with respect to approximately \$5bn of Barclays sponsored securitisations

In addition, an entity that Barclays acquired in 2007 (Acquired Subsidiary) provided R&Ws on \$19.4bn of loans it sold to third parties.

There are no stated expiration provisions applicable to most R&Ws made by Barclays or the Acquired Subsidiary. Under certain circumstances, Barclays and/or the Acquired Subsidiary may be required to repurchase the related loans or make other payments related to such loans if the R&Ws are breached.

The unresolved repurchase requests received on or before 30 June 2019 associated with R&Ws made by Barclays or the Acquired Subsidiary had an original unpaid principal balance of approximately \$2.1bn at the time of such sale.

The unresolved repurchase requests described above relate to civil actions that have been commenced by the trustees for certain RMBS securitisations in which the trustees allege that Barclays and/or the Acquired Subsidiary must repurchase loans that violated the operative R&Ws. Such trustees making repurchase requests have also alleged that the operative R&Ws may have been violated with respect to a greater (but unspecified) amount of loans than the amount of loans previously stated in specific repurchase requests made by such trustees. These civil actions are ongoing.

An intermediate appellate court has found that claims related to certain R&Ws are time-barred. This decision is being appealed.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of any further financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Alternative trading systems

In 2014, the New York State Attorney General (NYAG) filed a complaint "(NYAG Complaint) against Barclays PLC and BCI in the Supreme Court of the State of New York alleging, amongst other things, that Barclays PLC and BCI engaged in fraud and deceptive practices in connection with LX, Barclays' SEC-registered alternative trading system (ATS). In February 2016, Barclays reached settlement agreements with the SEC and NYAG, which required Barclays to pay \$35m to each.

Following the filing of the NYAG Complaint, Barclays PLC and BCI were also named in a putative shareholder securities class action. The parties have agreed to a settlement of this action for \$27m, which has received final court approval.

Claimed amounts/Financial impact

Aside from the settlements described above, there is no financial impact on Barclays' operating results, cash flows or financial position.

Treasury auction securities civil actions and related matters

Various civil actions have been filed against Barclays Bank PLC, BCI and other financial institutions alleging violations of antitrust and other laws relating to the markets for US Treasury securities and Supranational, Sovereign and Agency securities. Certain governmental authorities are also conducting investigations relating to trading of certain government and agency securities in various markets.

Numerous putative class action complaints have been filed in US Federal Court against Barclays Bank PLC, BCI and other financial institutions that have served as primary dealers in US Treasury securities. Those actions have been consolidated and in 2017, plaintiffs in the putative class action filed a consolidated amended complaint in the US Federal Court in New York against the defendants as well as certain corporations that operate electronic trading platforms on which US Treasury securities are traded. The complaint purports to assert claims under US federal antitrust laws and state common law based on allegations that the defendants (i) conspired to manipulate the US Treasury securities market and/or (ii) conspired to prevent the creation of certain platforms by boycotting or threatening to boycott such trading platforms. The defendants have filed a motion to dismiss.

In addition, certain plaintiffs have filed a related, direct action against BCI and certain other financial institutions that have served as primary dealers in US Treasury securities. This com-

plaint alleges that defendants conspired to fix and manipulate the US Treasury securities market in violation of US federal antitrust laws, the CEA and state common law.

Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, Barclays Execution Services Limited (formerly Barclays Services Limited), Barclays Capital Securities Limited and certain other financial institutions have been named as defendants in a civil antitrust complaint that alleges that the defendants engaged in a conspiracy to fix prices and restrain competition in the market for US dollar-denominated Supranational, Sovereign and Agency bonds ("**SSA Bonds**") from 2009 through 2015. The defendants have moved to dismiss the action. In February 2019, indirect purchasers of SSA Bonds filed a separate but related complaint making similar allegations.

Certain governmental authorities are conducting investigations into activities relating to the trading of certain government and agency securities in various markets and Barclays has been providing information to various authorities on an ongoing basis.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

US Government Sponsored Entities Bond Civil Class Action

In a putative consolidated class action filed in the SDNY in 2019, plaintiffs allege that BCI and certain other bond dealers conspired to fix the prices of government sponsored entity bonds in violation of US antitrust law from January 2009 through January 2016.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the matter described on Barclays or what effect it might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Mexican Government Bond civil action

In 2018, a putative consolidated class action against various financial institutions including Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, Barclays Capital Securities Limited, Barclays Bank Mexico, S.A., Grupo Financiero Barclays Mexico, S.A. de C.V. and Banco Barclays S.A. was consolidated in the US District Court in the SDNY. The plaintiffs assert antitrust and state law claims arising out of an alleged conspiracy to fix the prices of Mexican Government Bonds from 2006 through mid-2017. Defendants have moved to dismiss the consolidated action.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

BDC Finance L.L.C.

In 2008, BDC Finance L.L.C. (BDC) filed a complaint in the NY Supreme Court alleging that Barclays Bank PLC had breached a contract in connection with a portfolio of total return swaps governed by an ISDA Master Agreement (collectively, the "**Agreement**") when it failed to transfer approximately \$40m of alleged excess collateral in response to BDC's 2008 demand (the "**Demand**").

BDC asserts that under the Agreement Barclays Bank PLC was not entitled to dispute the Demand before transferring the alleged excess collateral and that even if the Agreement entitled Barclays Bank PLC to dispute the Demand before making the transfer, Barclays Bank PLC failed to dispute the Demand. BDC demands damages totalling \$298m plus attorneys' fees, expenses, and pre-judgement interest. Following a trial on certain liability issues, the court ruled in December 2018 that Barclays Bank PLC was not a defaulting party. BDC has appealed that decision.

In 2011, BDC's investment advisor, BDCM Fund Adviser, L.L.C. and its parent company, Black Diamond Capital Holdings, L.L.C. also sued Barclays Bank PLC and BCI in Connecticut State Court for unspecified damages allegedly resulting from Barclays Bank PLC's conduct relating to the Agreement, asserting claims for violation of the Connecticut Unfair Trade Practices Act and tortious interference with business and prospective business relations. The Connecticut case is currently stayed.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period. BDC has made claims against Barclays totalling \$298m plus attorneys' fees, expenses, and pre-judgement interest. This amount does not necessarily reflect Barclays' potential financial exposure if a ruling were to be made against it.

Civil actions in respect of the US Anti-Terrorism Act

Civil complaints against Barclays Bank PLC and other banks allege engagement in a conspiracy and violation of the US Anti-Terrorism Act (ATA). These include various civil complaints filed in the US Federal Courts in the EDNY and SDNY by separate groups of plaintiffs (aggregating over 4,000) alleging that Barclays Bank PLC and a number of other banks engaged in a conspiracy and violated the ATA by facilitating US dollar denominated transactions for the Government of Iran and various Iranian banks, which in turn funded acts of terrorism that injured or killed the plaintiffs' family members. The plaintiffs seek to recover for pain, suffering and mental anguish pursuant to the provisions of the ATA, which allows for the tripling of any proven damages and attorneys' fees. In respect of a motion by defendants to dismiss one of the complaints, in July 2018, a magistrate judge (to whom the court referred the motion) issued a recommendation that the motion be denied; the defendants objected to that recommendation; and the motion is pending before the court. In respect of another complaint, the defendants' motion to dismiss was granted in March 2019, but the plaintiffs have moved to file an amended complaint.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Interest rate swap and credit default swap US civil actions

Barclays PLC, Barclays Bank PLC, and BCI, together with other financial institutions that act as market makers for interest rate swaps (IRS) are named as defendants in several antitrust class actions which were consolidated in the SDNY in 2016. The complaints allege the defendants conspired to prevent the development of exchanges for IRS and demand unspecified money damages, treble damages and legal fees. Plaintiffs include certain swap execution facilities, as well as buy-side investors. The buy-side investors claim to represent a class that transacted in

fixed-for-floating IRS with defendants in the US from 2008 to the present, including, for example, US retirement and pension funds, municipalities, university endowments, corporations, insurance companies and investment funds.

In 2017, a separate suit was filed in the US District Court in the SDNY against the same financial institution defendants in the IRS cases, including Barclays PLC, Barclays Bank PLC, and BCI, claiming that certain conduct alleged in the IRS cases also caused plaintiff to suffer harm with respect to the Credit Default Swaps market. The defendants have moved to dismiss this action. Separately, in June 2018, trueEX LLC filed an antitrust class action in the SDNY against eleven financial institutions that act as dealers in the IRS market, including Barclays Bank PLC and BCI, alleging that the defendants unlawfully conspired to block trueEX from successfully entering the market with its IRS trading platform. trueEX LLC also alleges that the defendants more generally boycotted other anonymous, all-to-all IRS trading platforms. In November 2018, the court dismissed certain claims for unjust enrichment and tortious interference, but denied a motion to dismiss the federal and state antitrust claims which remain pending.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Portuguese Competition Authority investigation

The Portuguese Competition Authority is investigating whether competition law was infringed by the exchange of information about retail credit products amongst 15 banks in Portugal, including Barclays, over a period of 11 years with particular reference to mortgages, consumer lending and lending to small and medium enterprises. Barclays is cooperating with the investigation.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the matter described on Barclays or what effect it might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Investigation into collections and recoveries relating to unsecured lending

In February 2018, the FCA commenced an enforcement investigation in relation to whether or not Barclays implemented effective systems and controls with respect to collections and recoveries and whether or not it paid due consideration to the interests of customers in default and arrears.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the investigation on Barclays or what effect that it might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

HM Revenue & Customs (HMRC) assessments concerning UK Value Added Tax

In 2018, HMRC issued notices that have the effect of removing certain overseas subsidiaries that have operations in the UK from Barclays' UK VAT group, in which group supplies between members are generally free from VAT. The notices have retrospective effect and correspond to assessments of £181m (inclusive of interest), of which Barclays would expect to attribute an amount of approximately £128m to Barclays Bank UK PLC and £53m to Barclays Bank PLC. Barclays has appealed HMRC's decision to the First Tier Tribunal (Tax Chamber).

Claimed amounts/Financial impact

The total amount of the HMRC assessments is approximately £181m, inclusive of interest.

General

Barclays Bank PLC and its subsidiaries are engaged in various other legal, competition and regulatory matters in the UK, the US and a number of other overseas jurisdictions. The Barclays Bank Group is subject to legal proceedings brought by and against Barclays which arise in the ordinary course of business from time to time, including (but not limited to) disputes in relation to contracts, securities, debt collection, consumer credit, fraud, trusts, client assets, competition, data management and protection, money laundering, financial crime, employment, environmental and other statutory and common law issues.

The Barclays Bank Group is also subject to enquiries and examinations, requests for information, audits, investigations and legal and other proceedings by regulators, governmental and other public bodies in connection with (but not limited to) consumer protection measures, compliance with legislation and regulation, wholesale trading activity and other areas of banking and business activities in which Barclays is or has been engaged. Barclays is cooperating with the relevant authorities and keeping all relevant agencies briefed as appropriate in relation to these matters and others described in this note on an ongoing basis.

At the present time, Barclays Bank PLC does not expect the ultimate resolution of any of these other matters to have a material adverse effect on its financial position. However, in light of

the uncertainties involved in such matters and the matters specifically described in this note, there can be no assurance that the outcome of a particular matter or matters (including formerly active matters or those matters arising after the date of this note) will not be material to Barclays Bank PLC's results, operations or cash flow for a particular period, depending on, amongst other things, the amount of the loss resulting from the matter(s) and the amount of profit otherwise reported for the reporting period.

Directors

The Directors of the Bank, each of whose business address is 1 Churchill Place, London E14 5HP, United Kingdom, their functions in relation to the Bank and their principal outside activities (if any) of significance to the Bank are as follows:

<i>Name</i>	<i>Function(s) within the Bank</i>	<i>Principal outside activities</i>
Nigel Higgins	Non-Executive Director and Interim Chairman ³	Barclays PLC (Chairman and Non-Executive Director); Sadler's Wells (Chairman); Tetra Laval Group (Non-Executive Director)
James Staley	Chief Executive Officer	Barclays PLC (Chief Executive Officer); Institute of International Finance, Inc. (Board Member); Bank Policy Institute (Board Member)
Steven Ewart	Chief Financial Officer	
Peter Bernard	Non-Executive Director	Barclays US LLC (Chairman and Non-Executive Director); Bowdoin College (Trustee); Windrose Advisors (Advisor); Massachusetts Audubon Society (Director)
Helen Keelan	Non-Executive Director	Barclays Bank Ireland PLC (Chairman and Non-Executive Director); Barclays Capital Securities Ltd (Non-Executive Director); PM Group Ltd (Director)
Maria Ritcher	Non-Executive Director	Bessemer Trust (Director); Rexel Group (Director); Anglo Gold Ashanti (Director)
Jeremy Scott	Non-Executive Director	The Great Britain Sasakawa Foundation (Trustee)
Alex Thursby	Non-Executive Director	Rank Group PLC (Director); Janheg Investments PTE Ltd (Director); Janheg Carribean Ltd (Director); Eden Rivers Trust (Trustee); Motive Labs Operations (Advisory Board Member); Giggleswick School (Board of Governors' Member)
Hélène Vletter-van Dort	Non-Executive Director	Intertrust N.V (Chair of supervisory Board); NN Group N.V (Director); School of Financial Law and Governance Rotterdam (Professor); Koninklijke Brill N.V Protective Foundation (Chair)

³ Nigel Higgins joined the Bank's Board as a Non-Executive Director with effect from 1 March 2019 and was appointed as Interim Chairman of the Bank 1 March 2019, subject to the relevant approvals.

Potential conflicts of interest

No potential conflicts of interest exist between any duties to the Bank of the Directors listed above and their private interests or other duties.

Employees

At 31 December 2018, the total number of persons employed by the Group (full-time equivalent) was approximately 83,500 (31 December 2017: 79,900).

Auditors

The annual consolidated and unconsolidated financial statements of the Issuer for the two years ended 31 December 2018 and 31 December 2017 have been audited without qualification by PricewaterhouseCoopers of Southwark Towers, 32 London Bridge Street, London SE1 9SY, chartered accountants and registered auditors (authorised and regulated by the Financial Conduct Authority for designated investment business). PricewaterhouseCoopers in the United Kingdom is not a member of any professional body. However, PricewaterhouseCoopers are registered with the Institute of Chartered Accountants in England and Wales (ICAEW) and the Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB)."